Hamburg, 26. November 1893. Nr. 22. 1. Jahrgang.

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich.
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3033a.

Herausgeber: H. Stubbe in Hamburg.
Verantwortlich für die Redaktion: Wilhelm Pfannkuch, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigentheil: Alb. Röske, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstraße 10.

Inserate f. d. viergespalt. Petitzeile od. deren Raum 30 ₰,
Vergnügungs-Anzeigen 15 ₰, Versammlungs-
Anzeigen und Stellenvermittelungen 10 ₰ pro Petitzeile.
Beilagen nach Uebereinkunft.

Ein Mahnruf
an die Holzarbeiter Deutschlands.

Werthe Kollegen!

Mit dem Umsichgreifen der kapitalistischen Produktion verschärfen sich die Gegensätze zwischen Unternehmer und Arbeiter immer mehr. Der kleine Meister, aus den Reihen der Arbeiter hervorgegangen, war eher geneigt, den Arbeiter als Menschen zu betrachten und demselben eine dementsprechende Existenz zuzubilligen; er ist aber längst zum Vasallen des Großkapitals herabgesunken und verliert immer mehr an Bedeutung.

Der Fabrikant hat nur in den seltensten Fällen die Noth des Arbeiters am eigenen Leibe erfahren. Aus den Kreisen der Besitzenden hervorgegangen, holte er seine Ausbildung in der Schule und auf den Komptoirs, höchstens, daß er kurze Zeit als Volontär sich oberflächliche Kenntniß in den Hantirungen des Betriebes aneignete. Seine Kenntniß basirt daher nicht auf praktischer Thätigkeit, sondern auf kaufmännischem Rechnen, und gerade dieser Umstand führt dazu, daß der Preis der Arbeit nicht nach der auf dieselbe verwendeten Mühe in Verbindung mit dem zum Unterhalt des Arbeiters nothwendigen Aufwand, sondern lediglich nach dem Grade der Profitsucht des Unternehmers berechnet wird.

Die Profitsucht des Kapitalismus ist es auch, welche denselben veranlaßt, in alle Berufsarten einzudringen, den kleinen Unternehmer aus seiner selbstständigen Stellung zu verdrängen und den Arbeiter an der Erringung einer solchen zu verhindern. Der Arbeiter soll als solcher einen Hausstand gründen und Familie ernähren.

Wie aber sind die Löhne beschaffen, welche man den Arbeitern gewährt?

Die Lohnstatistiken der Arbeiter aller Branchen zeigen, daß die Löhne für den ledigen Arbeiter kaum ausreichen, für den verheiratheten aber absolut unzulänglich sind. Die Noth zwingt die Arbeiter, ihre Frauen und leider oft auch die Kinder in das Joch des Kapitalismus zu spannen. Den Kindern wird die Erzieherin, dem Haushalt die Wärterin entzogen und so vollzieht sich langsam aber sicher der Verfall des Familienlebens.

In fast noch schlimmerer Lage wie die Arbeiter, befinden sich die Arbeiterinnen. Die Unternehmer rechnen auf deren größere Bedürfnißlosigkeit und Fügsamkeit und speisen diese daher mit wahren Hungerlöhnen ab.

Neben der Frauen- und Kinderarbeit ist es die Entwickelung des Maschinenwesens und die dadurch begünstigte Theilung der Arbeit, welche immer mehr Hände überflüssig machen und so die industrielle Reservearmee vermehren. Die Arbeitslosen wollen aber nicht verhungern, dieselben suchen nöthigenfalls um jeden Preis Arbeit zu bekommen, um ihr Leben nothdürftig fristen zu können, und drücken so den Lohn immer mehr herunter.

Dem Bestreben der Arbeiter, die Arbeitszeit zu verkürzen, um den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen und den Lohn zu erhöhen, um die Arbeiterschaft kaufkräftiger zu machen, setzt das Unternehmerthum den denkbar größten Widerstand entgegen.

Durch dieses zähe Festhalten an der langen Arbeitszeit und das sorgsame Erhalten der industriellen Reservearmee ist denn auch der Werth der menschlichen Arbeitskraft bedeutend unter denjenigen der Maschine und des Pferdes herabgesunken. Der Unternehmer bewilligt gern Heizmaterial und Schmiermittel für die Maschinen, Futter, Bedienung und gute Stallung für das Pferd, denn die Beschaffung beider hat ein Opfer an Kapital von ihm gefordert, er hat somit ein Interesse daran, diese Art Arbeitskräfte möglichst lange zu erhalten.

Für neue menschliche Arbeitskraft braucht der Unternehmer keinen Pfennig auszugeben, die Reserve-Armee sorgt für genügenden Ersatz und gerade deshalb zieht er bei Bemessung des Lohnes nicht die natürlichen Bedürfnisse des Arbeiters in Betracht, und noch weit weniger hat er Interesse daran, die Arbeitskraft des Einzelnen lange zu erhalten.

In einem gesunden Gesellschaftskörper hat die Gesellschaft die Pflicht, alle Glieder zu erhalten, wogegen jeder Einzelne der Gesellschaft seine Arbeitskraft zur Verfügung stellt. Aber unsere Unternehmer sind nicht Repräsentanten einer solchen Gesellschaft, sondern lediglich Repräsentanten ihres Geldsacks, und der Zweck der heutigen Produktion ist nicht die Erhaltung aller Gesellschaftsglieder, sondern, wie dies bei der privatkapitalistischen Produktion nicht anders sein kann, lediglich der, die Taschen der zufälligen Eigenthümer der Produktionsmittel zu füllen, unbekümmert darum, ob dabei die große Masse des arbeitenden Volkes im Elend verkommt.

Kollegen! Da müssen wir uns fragen, ob wir in dieser unwürdigen Lage verharren wollen, ob wir die Noth und Sorge, mit der wir beständig zu kämpfen haben, auch auf unsere Kinder vererben wollen, oder ob wir, so viel in unseren Kräften steht, dem bitteren Mangel abhelfen, unsere Kinder einer besseren Zukunft und uns und ihnen ein menschenwürdigeres Dasein bereiten wollen.

Eure Antwort kann nur in letzterem Sinne sein.

Wohlan denn, der Deutsche Holzarbeiter-Verband bietet Euch Gelegenheit hierzu, schließt Euch demselben an.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband bezweckt die Wahrung und Förderung der geistigen und materiellen Interessen seiner Mitglieder und sucht dies zu erreichen durch Aufklärung und Bildung derselben mittelst Abhalten von Versammlungen und Arrangiren von Vorträgen; durch Regelung des Herbergswesens und des Arbeitsnachweises.

Der Verband gewährt unentgeltlichen Rechtsschutz in allen gewerblichen und solchen Streitigkeiten, welche sich auf das Unfallversicherungs-, das Haftpflicht- und das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz beziehen.

Endlich gewährt der Verband, soweit die Kassenverhältnisse dies gestatten, den reisenden Mitgliedern eine Unterstützung bis zur Höhe von Mk. 1 pro Tag und den verheiratheten Mitgliedern oder deren Frauen beim Ableben einer Ehehälfte einen Beitrag zur Linderung der durch den Todesfall herbeigeführten Noth.

Das Beitrittsgeld beträgt für männliche Mitglieder 30 Pf., für weibliche 20 Pf.; der wöchentliche Beitrag für männliche Mitglieder 15 Pf., für weibliche 5 Pf., wofür die „Holzarbeiter-Zeitung“ gratis geliefert wird.

Wie oben gesagt, bietet die Armee der Arbeitslosen dem Arbeiter schwere Konkurrenz, die Reiseunterstützung schützt den Reisenden vor der bittersten Noth, willig trägt er den Wanderstab weiter und wird somit der seßhafte Arbeiter in seinem Erwerb geschützt.

Selten ist der Arbeiter in der Lage, bei offenbarer Uebervortheilung seitens des Unternehmers sein Recht zu verfolgen; der gewährte Rechtsschutz giebt ihm die Mittel hierzu an die Hand.

Die wichtigste Waffe im Kampfe der Arbeiter um ihre Besserstellung ist die Presse. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ hat diese Aufgabe stets in der hingebendsten Weise erfüllt, und wird dies auch in Zukunft ihr eifrigstes Bestreben sein.

Der Holzarbeiter-Verband ist aus den früheren Verbänden der Bürsten- und Pinselmacher, Drechsler, Stellmacher und Tischler hervorgegangen, weil die Kollegen dieser Branchen überzeugt waren, daß bei gemeinsamem Wirken der Zweck der Organisation besser erfüllt, daß Verbreitung von Aufklärung und Wissen, Erweckung des Klassenbewußtseins unter den Kollegen so in wirksamerer Weise gepflegt werden kann.

Die mißliche Lage der Arbeiterinnen veranlaßte den Holzarbeiter-Kongreß in Kassel, auf welchem der Verband errichtet wurde, zu bestimmen, daß auch Arbeiterinnen in denselben aufgenommen werden und daß deren Interessen ganz speziell gewahrt werden sollen, um dieselben aus ihrer so sehr gedrückten Lage zu befreien und so dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“ Geltung zu verschaffen.

Kollegen! Ueberschaut Eure Lage, überlegt, ob es möglich ist, dauernd unter den heutigen Verhältnissen zu existiren, oder ob Abhülfe dringend nothwendig ist. Die Hülfe, welche Ihr Euch in Eurer Isolirtheit selbst geben könnt, kann nur in Ueberzeitarbeit, Ueberanstrengung bei Akkordarbeit, Frauen- und Kinderarbeit bestehen. Aber all diese Hülfe ist nur Scheinhülfe, indem dadurch die Zahl der Arbeitslosen vermehrt und somit der Lohn noch mehr herabgedrückt, außerdem aber Eure Gesundheit untergraben und Euer Familienleben zerstört wird.

Nicht um die Noth Einzelner, sondern um die Noth des gesammten Proletariats handelt es sich, es kann somit auch nur durch gemeinsames Wirken des gesammten organisirten Proletariats Abhülfe geschaffen werden. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband ist ein Glied dieser Gesammt-Organisation. Wollt Ihr mitkämpfen für eine bessere Zukunft, für die Befreiung des Arbeiters von dem Drucke der kapitalistischen Produktion, dann beherzigt die Worte Karl Marx': **Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!** und schließt Euch dem Holzarbeiter-Verband an.

Beitrittserklärungen werden an allen Zahlstellen von den Verwaltungsmitgliedern entgegengenommen; von Orten, an denen sich keine Zahlstelle befindet, wollen sich die Kollegen direkt an den Kassirer der Hauptverwaltung, Kollegen **August Bohne,** Stuttgart-Heßlach, Böblingerstraße 127, wenden.

Der Beitrittserklärung wolle man Angabe des Gewerbes, des Ortes, Jahres und Tages der Geburt und das Beitrittsgeld sowie Wochenbeiträge in beliebiger Zahl beifügen. Die Zusendung des Geldes kann bis zur Höhe von zwei Mark in Briefmarken erfolgen; über zwei Mark wolle man Postanweisung benutzen.

Zur Orientirung der Kollegen sind wir auf Verlangen bereit, das Verbandsstatut gratis zu übersenden.

Mit Gruß und Handschlag

Der Vorstand
des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
Karl Kloß, erster Vorsitzender.

Die Gewerkschaftsdebatte.

II.

Wir haben zum Schluß unseres letzten Artikels festgestellt, daß von einer Gewerkschaftsduselei in Deutschland keine Rede sein kann. Ein Einzelner, neu in die Organisation Eingetretener, kann wohl noch hier und da von dem geschulten Denken klassenbewußter Kollegen abweichende Meinungen äußern; dieselben bleiben aber auf die Gesammthaltung der Gewerkschaft gegenstands-

los und erfahren zum Vortheil des Betreffenden ihre Berichtigung. Diese Erscheinung ist nichts Ungeheuerliches, sondern sogar in der Natur der Sache begründet, und kann in der politischen Bewegung ebenfalls noch alle Tage beobachtet werden.

Will man den Gewerkschaften auf die Beine helfen, so muß man ihnen größere Aufgaben zu erfüllen rückhaltslos zugestehen. Dann darf man in den Gewerkschaften einen Nebenbuhler der politischen Bewegung nicht erblicken. Im Gegentheil, man muß sich innerhalb der politischen Bewegung freuen, wenn es der gewerkschaftlichen Bewegung gelingt, größere Arbeitermassen zu organisiren und den Arbeitern wirthschaftliche Vortheile zu verschaffen. Die dem großen Haufen der Indifferenten abwendig gemachten und der gewerkschaftlichen Organisation zugeführten Arbeiter vermehren zweifelsohne auch die Reihen der klassenbewußten Kämpfer. Die Stärkung der gewerkschaftlichen Bewegung bringt auch der politischen Bewegung Stärkung in personeller und finanzieller Beziehung. Ja, wir gehen noch weiter und behaupten, daß erst die Stärke der gewerkschaftlichen Organisationen einen zutreffenden Schluß auf die politische Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse zuläßt. Wir glauben keinem Widerspruch zu begegnen, wenn wir behaupten, daß drei Millionen abgegebener sozialdemokratischer Stimmen die bürgerliche Gesellschaft wohl beunruhigen, ihr aber nicht den Respekt einflößen, als wenn die gleiche Anzahl Männer in strammer Organisation jeden Augenblick bereit ist, auch auf wirthschaftlichem Gebiet den Kampf mit Aussicht auf Erfolg mit ihr aufzunehmen. Verfügten wir heute nur über eine Million gewerkschaftlich organisirter Arbeiter, so brauchte die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages nicht zu erwägen, ob es nützlicher sei, einen Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Stimmrechts für die einzelnen Bundesstaaten zu stellen, oder ob man erst die Hindernisse der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit zu beseitigen trachte, oder gar, weil alle Kreise mit sozialen Reformen schwanger gehen, ein redigirter Arbeiterschutzgesetzentwurf wieder einzubringen sei. Wir verfügten dann über eine Macht, die derartige Erwägungen nicht aufkommen ließe. Wir wären tonangebend. Schaffen wir also die Macht, um tonangebend zu sein. Legt jeder Genosse freudig und schaffensfroh Hand mit an's Werk, so ist Einverständniß und Einträchtigkeit auf der ganzen Linie vorhanden. Der Schaffensmuth muß aber erlahmen, dem Thatendrang müssen die Flügel geknickt werden, wenn trotz aller Sympathieversicherung es nicht nur als höchst wahrscheinlich, sondern als natürliche Entwickelung in Aussicht gestellt wird, eine erfolgreiche Thätigkeit der Gewerkschaften sei im gleichen Verhältniß ausgeschlossen. Wir sind vom Gegentheil überzeugt und verweisen in dieser Beziehung auf die in Nr. 20 angeführten Gründe. Deshalb werden die Gewerkschaften auch die von dem „Kenner" derselben gegebenen Rathschläge, sich nur auf den Kampf mit den kleinen Unternehmern einzulassen, nicht beachten, und weiter darauf hinwirken, den wirthschaftlichen Kampf auch in der Angriffsform mit dem Großkapitalismus führen zu können.

Würden die Gewerkschaften die Rathschläge des „Kenners" befolgen, so würden sie sich zu Handwerksknechten der Bourgeoisie degradiren und alle jene Stände gegen sich aufbringen, deren Sympathie sowohl nothwendig ist, einen erfolgreichen Lohnkampf mit dem Großkapitalismus zu führen, als deren thatkräftige Mithülfe nothwendig ist, den Klassenkampf siegreich durchzuführen. Sollen die zahlreichen absterbenden Stände der Mittelklassen von der Sozialdemokratie angezogen werden und zwar unvermittelt, unter Ersparniß des Durchmarsches antisemitischer Enttäuschung, dann haben wir uns zu hüten, ihnen ohne Grund das Leben sauer zu machen. Die Angehörigen der Mittelklassen müssen unzweideutig erkennen können, daß sie Opfer der wirthschaftlichen Uebermacht sind, eine Erkenntniß, die den jetzt 18 Wochen im Ausstand befindlichen englischen Bergarbeitern sehr zu Statten kommt. Unsere Meinung geht dahin, daß gerade bisher die Gewerkschaften den Kampf nur im kleinen Stil geführt haben. Außer den Bergarbeitern ist in Deutschland noch niemals die gesammte Arbeiterschaft einer Branche an einem Ausstand als Streiker betheiligt gewesen. Selbst der große Ausstand der Buchdrucker und Tabakarbeiter macht hiervon noch eine Ausnahme. Die Gewerkschaften mußten den Kampf auf kleine Formen und hier selbst noch in beschränkterer Weise führen, weil ihre Organisationen wenig über die Kinderjahre hinausgekommen sind, und sie bei den ersten Gehversuchen von einer Krise überrascht wurden, wie die Welt noch keine gesehen.

Von der Einsicht, daß bei einiger Aufbesserung des Geschäftsganges die Reformirung der finanziellen Grundlage der Gewerkschaften ohne Verzug vorzunehmen ist, davon sind wohl alle Leiter derselben beherrscht. Die Idee des Industrieverbandes ist nur dem Gedanken entsprungen, ohne vorläufige Mehrbelastung der Mitglieder mit den vorhandenen Mitteln eine kräftigere Agitation entfalten zu können. Dabei hat jede Berufsorganisation die Freiheit des Handelns. Es ist deshalb unverständlich, von einem Streit über die Organisationsform innerhalb der auf dem Boden der Zentralverbände stehenden Gewerkschaften zu reden. Die Diskussion ist hier ohne alle Voreingenommenheit geführt, nicht um Streit zu entfachen oder Gegensätze zu konstruiren, sondern auszugleichen, Anregung zu geben und sich in aller Freundschaft zu verständigen. Die Vertreter des Gedankens der Industrieverbände wollten in und mit den Gewerkschaften größere Aufgaben erfüllen, sie wollten nicht nur geschäftsmäßige Verwaltungsbeamte sein, sondern sich organisatorisch bethätigen, da der seitherige Rahmen der Organisation nicht den gestellten Anforderungen entsprach.

Soweit wir unterrichtet sind, besteht innerhalb der gewerkschaftlichen Bewegung nur eine Stimme, dahin lautend, die Gewerkschaften haben den Charakter von Kampfesorganisationen anzunehmen. Heute steht das Unterstützungswesen noch vornehmlich im Vordergrund; der eigentliche wirthschaftliche Kampf wird nach Lage der Verhältnisse nicht gesucht, sondern nur da geführt, wo ihm nicht auszuweichen ist. Selbstredend wird das Unterstützungswesen seitens der Gewerkschaften unter dem höheren Gesichtswinkel gepflegt, damit die wirthschaftliche Widerstandsfähigkeit der Arbeiter zu heben. Beschämend für den Stand der deutschen Gesetzgebung ist dabei, daß, will sich das Unterstützungswesen aus der niedersten Form, der Freiwilligkeit des gegebenen Geschenks, erheben, die staatliche Genehmigung der Versicherungsgesellschaft die überwachende Polizei auf die Bildfläche ruft. Ueber die Frage der Arbeitslosenunterstützung ist schon viel debattirt. Ueber ihre finanzielle Fundirung wollen wir uns heute nicht auslassen. Das Eine steht aber fest, die finanzielle Sicherung vorausgesetzt, würde sie in der Luft schweben, wenn nicht die Gewerkschaften in den Besitz der Rechte der juristischen Person gelangen. Hier hat die politische Bewegung in erster Linie einzusetzen. Die Gewerkschaften müssen eine ihren rechtlichen Bestand sichernde gesetzliche Grundlage erhalten. Mit einem Wort, bis heute fehlt den Gewerkschaften die Lebensluft, um zur lebenskräftigen Entfaltung zu gelangen. Sie entbehren der Koalitionsfreiheit.

Es ist geradezu ein Widersinn und charakterisirt unsere Zustände, daß für die Erkämpfung ihrer Ellenbogenfreiheit die Gewerkschaften als solche noch nicht einmal eintreten dürfen, ohne Gefahr zu laufen, als politische Vereine der Auflösung zu verfallen. Hier sind Unterlassungssünden begangen. Hier gilt es, Versäumtes nachzuholen. Die Agitation für die Erkämpfung der Koalitionsfreiheit muß ebenso nachhaltig betrieben werden als wie die Agitation für das Stimmrecht. Sie ist die beste Bethätigung praktischer Sympathiebezeugung. Erst auf der Grundlage der gewonnenen Koalitionsfreiheit können die Gewerkschaften das Unterstützungswesen in zweite Linie stellen, unter Umständen dasselbe auch gänzlich abstreifen und sich lediglich der Führung des wirthschaftlichen Kampfes widmen.

Auf Eins wollen wir noch aufmerksam machen. Höchst kurios hat uns die von dem Kenner der Gewerkschaften ausgekramte Weisheit angemuthet, daß, wenn die Gewerkschaften den Kampf auf den kleinen Krieg beschränkten und die Meister und kleinen Unternehmer auf's Korn nehmen würden, sich viel leichter Streitfälle an den Haaren herbeiziehen ließen. Es sei da viel leichter, einen ständigen Kampf zu unterhalten, der für die Gewerkschaften Leben bedeute.

Wir sollten denn doch meinen, der scharfe Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit, der, je mehr sich die Gegensätze durch die Anhäufung des Kapitalismus zuspitzen, sich um so brutaler äußert, biete der Streitfälle so viele, daß die Gewerkschaften um solche nicht brauchen in Verlegenheit zu gerathen. Einem Kleinmeister gegenüber kommt sogar der Arbeiter noch in Verlegenheit, Mitleid zu üben, dem herzlosen Kapitalismus gegenüber fallen alle Rücksichten.

Wenn die gewerkschaftliche Bewegung nicht ein nebensächliches Glied der Arbeiterbewegung sein soll, sondern sich zu einem lebenskräftigen Glied derselben entwickeln soll, so hat auch die Parteileitung die Pflicht, von Zeit zu Zeit ihre Ansichten über die derzeitige Lage des Markts und die Aufgaben der Gewerkschaften bekannt zu geben. Mehr verlangen die Gewerkschaften nicht.

Sozialpolitische Rundschau.

Der Reichstag ist am 16. d. M. von dem Kaiser im weißen Saal eröffnet worden. Die Thronrede weist im Hinblick auf die angenommene Militärvorlage auf die Nothwendigkeit hin, die benöthigten Deckungsmittel zu beschaffen. Zum Schluß wird auf die freundnachbarlichen Beziehungen verwiesen, die das Reich mit allen Nachbarn unterhalte. So angenehm derartige Versicherungen zu hören sind, so erhalten sie doch einen recht unangenehmen Beigeschmack durch die fortwährend steigende Steuerlast, deren Nothwendigkeit ja gerade damit begründet wird, daß durch die in's Ungemessene betriebenen Rüstungen der Krieg zur Unmöglichkeit werde. Der Reichshaushalts-Etat ist dem Reichstag zugegangen. Derselbe balancirt mit M. 1 305 632 229. Davon sind M. 1 082 884 683 fortdauernde, M. 83 925 726 einmalige Ausgaben des Ordinariums und M. 138 821 820 einmalige Ausgaben des Extraordinariums. Die Gesammteinnahmen betragen M. 1 305 632 229. Der Besoldungsetat für das Reichsbankdirektorium beträgt M. 138 000. Zur Verstärkung des Betriebsfonds der Reichshauptkasse wird der Reichskanzler ermächtigt, Schatzanweisungen bis zum Betrage von M. 175 000 000 auszugeben. — Fortdauernde Ausgaben: Reichstag M. 428 853 (gegen das Vorjahr unverändert); Reichskanzler, Reichskanzlei M. 153 460 (unverändert); Auswärtiges Amt M. 10 323 840 (gegen das Vorjahr mehr M. 187 935); Reichsamt des Innern M. 27 213 055 (mehr M. 1 371 540); Verwaltung des Reichsheeres in Preußen 374 886 175, Sachsen 33 228 256, Württemberg 19 385 171, Bayern 54 567 226, insgesammt M. 482 066 828 (mehr M. 31 812 148); kaiserliche Marine M. 51 369 307 (mehr M. 3 116 668); Reichsjustizverwaltung M. 2 065 752 (mehr M. 10 774); Reichsschatzamt M. 360 528 435 (mehr M. 6 269 595); Reichseisenbahnamt M. 334 840 (mehr M. 2020); Reichsschuld M. 72 269 800); (mehr M. 5 303 800); Rechnungshof M. 631 583 (mehr M. 1700); allgemeiner Pensionsfonds M. 48 245 438 (mehr M. 3 452 410); Reichsinvalidenfonds M. 27 258 492 (mehr M. 2 586 414); Summe der fortdauernden Ausgaben M. 1 082 884 683 (mehr als im Vorjahr M. 54 115 004). Einmalige Ausgaben, Ordinarium: Reichskanzler, Reichskanzlei M. 60 000 (mehr M. 60 000); Auswärtiges Amt M. 4 827 000 (mehr M. 620 800); Reichsamt des Innern M. 4 305 270 (mehr M. 1 307 370); Post und Telegraphen M. 8 875 483 (weniger M. 1 001 831); Reichsdruckerei M. 71 000 (weniger M. 148 700); Verwaltung des Reichsheeres M. 41 721 523 (weniger M. 2 753 717); kaiserliche Marine M. 22 904 050 (mehr M. 1 978 800); Reichsjustiz M. 1 000 000 (weniger M. 200 000); Reichsschatzamt M. 161 400 (weniger M. 57 200); Summe M. 83 925 726 (weniger M. 198 478). Extraordinarium: Reichsamt des Innern M. 20 710 000 (weniger 14 890 000); Verwaltung des Reichsheeres M. 99 353 270 (weniger M. 51 848 063); Marine M. 6 152 800 (weniger M. 4 466 200); Eisenbahnverwaltung M. 12 605 750 (weniger M. 781 060), Summe M. 138 821 820 (weniger M. 78 713 655). Einnahmen: Zölle, Verbrauchssteuern M. 616 935 560 (mehr M. 14 015 720); Reichsstempelabgaben M. 34 045 000 (weniger M. 2 469 000); Post, Telegraphen M. 24 858 617 (mehr M. 3 568 540); Reichsdruckerei M. 1 436 800 (mehr M. 44 580); Eisenbahnverwaltung M. 20 081 100 (weniger M. 66 400); Bankwesen M. 7 244 800 (mehr M. 127 300); Verschiedene Verwaltungs-Einnahmen M. 12 539 163 (weniger M. 835 892); Reichs-Invaliden-Fonds M. 27 258 492 (mehr M. 2 586 414); Zinsen aus belegten Reichsgeldern M. 46 000 (weniger M. 102 000); Veräußerung ehemaliger Festungsterräns M. 1 400 300 (mehr M. 891 664); frühere Ueberschüsse M. 1 372 033 (weniger M. 2 775 199); Matrikularbeiträge M. 419 592 544 (mehr M. 39 528 399); außerordentliche Deckungsmittel M. 138 821 820 (weniger M. 78 713 655). Summe der Einnahme M. 1 305 632 229 (weniger M. 24 797 129).

Siebzehn Gesetzentwürfe sind dem Reichstage bereits zugegangen. Darunter befinden sich die Handelsverträge mit Spanien, Serbien und Rumänien. Durch diese Verträge wird das Absatzgebiet deutschen Gewerbefleißes derartig erweitert, daß auf eine vermehrte Ausfuhr von rund 100 Millionen gerechnet wird. Die Konzessionen, die Rumänien im Vertrage gegenüber seinem allgemeinen Tarif gemacht hat, sind folgende: es zahlen bei der Einfuhr in Rumänien Lack in Tafeln oder flüssig, Firnisse, Trockenöle 35 Frcs. pro 100 kg, Bleistifte 40, feine Leder, wie Hirschleder, Handschuhleder, Kalbleder, gefärbte, marokonirte, vergoldet, versilbert 150, platte oder runde Treibriemen 120, Felle, zur Pelzbereitung zugerichtet, aber nicht zugeschnitten 100, Kautschuk und Guttaperchawaaren aller Art ohne Verbindung mit anderen Stoffen 40, in Verbindung mit anderen Stoffen 80, Gewebe- und Trikotstoffe aus Wolle bis 500 Gramm auf das Quadratmeter schwer 135, Posamentier- und Bandwaare aus weißer oder gefärbter Wolle 160, Erzeugnisse der Strumpfwirkerei aus Baumwolle, gemischt mit anderen Webstoffen, außer Seide, Gold-, Silber- und Metallfäden, falls keiner der beigemischten Webstoffe 20 pZt. des Gewichts übersteigt, einfach zusammengewirkt aber nicht genäht 140, Posamentier- und Bandwaare aus Baumwolle mit ebengenannten Beschränkungen 150, Lichtschirme, Fächer, Bouquethalter, Bonbonnièren, Papierkragen und andere Papierwäsche, auch mit Gewebe überzogen, Zigarrettenhülsen, Blumen, Blätter 100, Steindruck-, Farbendruck-, Oeldruckbilder auf Papier oder Leinwand, ausgenommen religiösen oder freundgeschichtlichen Inhalts 60, Werkzeuge, Instrumente, Apparate und Maschinen aus Holz, gebeizt, lackirt oder nicht, auch mit unedlen Metallen oder anderen Stoffen verbunden 80, feine Drechsler- und Korbmacherarbeiten, Möbel, Holzarbeiten mit Schnitzwerk, Fourniere, Möbel mit Inkrustirung, Vergoldung, gepolstert, in Verbindung mit Elfenbein, Schildpatt, Edelmetallen und Steinen 50, Spiegel, bei denen keine der beiden Dimensionen über 30 cm hinausgeht 40, größere 50, sogenannte Schwarzwälder Uhren und Uhren nach amerikanischem System mit Gebäuden aus Holz oder unedlen Metallen, auch bemalt, polirt 0,75 pro 1 kg, Gegenstände aus rohem Gußeisen, gefeilt, getheert oder nicht mit Mennig angestrichen 3, Waaren aus Schmiedeeisen und Stahl, Schreibfedern aus Metall mit Ausnahme von Gold, Silber, Platin, Schmucksachen aus Stahl 60, Messerschmiedewaaren aus polirtem Stahl 100, Messerschmiedewaaren aus Eisen oder Stahl, montirt außer auf Gold und Silber 150, Scheeren jeder Art 60, Spielwaaren aus Holz, Papier, Pappe, Leder, Gummi ꝛc. ohne Zusammensetzung mit Elfenbein, Schildpatt, Perlmutter, Edelmetallen, Meerschaum oder Bernstein 40, Gegenstände aus Holz, Rohr, Stroh, Binsen, Papier, Pappe, Papiermasse, Steinpappe, Bronze, Stahl, Glas, Porzellan, verziert oder mit Bernstein, Schildpatt, Perlmutter, Elfenbein, Meerschaum, Seide, Sammt, Edelmetallen und Edelsteinen verbunden 350, Accordions, Harmonikas und Aristons 1 Frc. pro Stück.

Dem Menschenseuchengesetzentwurf sind Erläuterungen beigegeben, die insoweit als volkswirthschaftliche Untersuchungen gelten können, als sie die Verluste zu ermitteln suchen, welche die Arbeiterklasse durch Krankheiten Jahr für Jahr erleidet. Diese Verluste lassen sich annähernd nach den Ergebnissen der

gesetzlichen Krankenversicherung schätzen, die Zahlenangaben über die Häufigkeit des Erkrankens für große Gruppen der erwerbsthätigen Bevölkerung liefern. Darnach betrug die Gesammtzahl der in die gesetzliche Krankenversicherung eingetragenen Personen Ende 1891, ungerechnet 481 610 in Knappschaftskassen versicherten Personen, 6 530 513, also insgesammt mehr als 14 Proz. (14,1) der Bevölkerung. Diesen 6 530 513 Versicherten wurde in 2 397 826 Erkrankungsfällen materielle Hülfe gebracht und für 40 798 620 Krankheitstage Krankengeld bezahlt. Die Ausgaben der Kassen für die Krankenpflege bezifferten sich im Jahre 1891 zusammen auf M. 89 548 781. Es wird darauf hingewiesen, daß der Verlust an Arbeitsverdienst dabei nicht berücksichtigt ist und daß sich die Zahlen nur auf einen Bruchtheil der gesammten Bevölkerung beziehen, um ein ungefähres Bild der Größe der Summen zu gewinnen, die der Allgemeinwirthschaft im Ganzen durch Krankheiten verloren gehen. Durch ursprüngliche hygieinische Maßnahmen kann ein großer Theil dieser Schädigungen abgewendet werden. Es sei feststehend, daß durch größere Beachtung der öffentlichen Gesundheitspflege auch die Verbreitung und Verderblichkeit der Krankheiten eine Abminderung erfahren kann, die der Entwurf bezweckt.

Der rechte Stoff für eine hochinteressante sozialpolitische Debatte, die noch interessanter werden würde, fänden die Untersuchungen Ausdehnung auf die Verluste, welche der Arbeiterklasse aus der mit der wahnwitzigen privatkapitalistischen Großproduktion verbundenen Arbeitslosigkeit erwachsen. Die riesig zunehmende Belastung der Krankenkassen ist eine Folge der zunehmenden Arbeitslosigkeit, die einen großen Theil der Arbeiter einer Entkräftung entgegenführt, die man mit Recht die unheilvollste Proletarierkrankheit nennen kann, und die das geübteste ärztliche Auge von einer akuten Krankheit nicht zu unterscheiden vermag. Und wenn es möglich wäre, welcher Mensch wäre herzlos genug, einen Fiebernden abzuweisen, für den die Krankenunterstützung schließlich die einzige Rettung vom Hungertode ist.

Zur Tabakfabrikatsteuer. Die offiziösen Organe bemühen sich, den Nachweis zu liefern, daß mit der Einführung der Fabrikatsteuer eine Einschränkung des Konsums nicht zu erwarten sei, die Regierung bei der Berechnung der Erträgnisse der Steuer einen solchen auch nicht in Rechnung gestellt habe Es seien mithin auch die Schlußfolgerungen der Opposition falsch, wenn sie von einer Brotloswerdung bis zu 40 000 Arbeitern rede. Wir sind der Ueberzeugung, daß, wenn man die bei der Tabakproduktion noch betheiligten Nebenindustrien mit in Betracht zieht, die Zahl der Brotloswerdenden noch viel zu gering beziffert ist. Sie wird eine bedeutend höhere Ziffer erreichen. Der Rückgang des Konsums ist bei eintretender höherer Besteuerung des Produkts immer zu verfolgen. Recht drastisch kommt derselbe bei dem „täglichen Brot" und dessen Vertheuerung durch die Getreidezölle zum Ausdruck. Während 1878, also vor der Aera der Getreidezölle, noch 213 kg Getreide im Verbrauch auf den Kopf der Bevölkerung entfielen, war der Verbrauch zehn Jahre später auf 162½ kg gesunken. Der gleiche Rückgang ist in der Fleischkonsumtion zu verzeichnen, so daß durch die Zölle auf die unentbehrlichsten Lebensmittel ein starker Rückgang des Konsums und damit eine Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse eingetreten ist.

Einen glänzenden Sieg haben die Berliner Arbeiter am Montag, den 13. d. M., bei den Erneuerungswahlen zum Stadtverordneten-Kollegium erfochten. Vierzehn Sitze hatte die Sozialdemokratie seither inne. Drei davon befanden sich unter den erledigten Mandaten. Dieselben wurden glänzend mit bedeutend gesteigerter Majorität behauptet und noch drei weitere dazu erobert. Die Fraktion im Berliner Stadthause besteht jetzt aus 17 Mitgliedern. Außerdem steht die Sozialdemokratie noch in zwei Kreisen zur Stichwahl und zwar mit guter Aussicht auf Erfolg. Das antisemitische Element hat den letzten Rest seines Besitzstandes eingebüßt. Es ist ihm nur noch die Hoffnung geblieben, ein Mandat in der Stichwahl zu retten. Eine gründlichere Abfuhr konnte dem reaktionär-antisemitisch-zünftlerischen Klimbim nicht zu Theil werden, der mit seiner geräuschvollen Agitation den Nichteingeweihten im Lande glauben zu machen sucht, er sei souveräner Herrscher in der Hauptstadt. Aeußerst praktisch war die Taktik der Arbeiter im Wahlkampf. Alle die im Laufe der Zeit von der Fraktion im Interesse der arbeitenden Klasse gestellten und von der Majorität abgelehnten Anträge gaben in den Flugblättern ein ansehnliches Sündenregister des Freisinns ab, der, will er sich der Sprache der Thatsachen nicht verschließen, wird anerkennen müssen, daß die Sozialdemokraten neben der Verfolgung ihrer idealen Bestrebungen auch ausgezeichnet verstehen, die praktischen Bedürfnisse der Zeit nicht unbeachtet zu lassen. Daß die Sozialdemokraten so ungeheuer praktische Leute sind, darin liegt das Geheimniß ihres Erfolges.

Die Sozialdemokraten auf dem Lande! Unter dieser Spitzmarke berichtet das „Bayer. Vaterl.": Im oberpfälzischen Grenzdorfe Stadler siegten bei der Gemeindewahl am 4. die Kandidaten der Sozialdemokraten. Ein Sozialdemokrat (Schuhmacher Mühlbauer) als Bürgermeister eines bayerischen Dorfes — ist noch nicht dagewesen.

Der preußische Aerztekammer-Ausschuß, der, durch Entsendung von Vertretern der provinziellen Aerztekammern gebildet, alljährlich einmal in Berlin tagt, hat beschlossen, den Kultusminister zu ersuchen, ihn zu einer amtlichen Einrichtung innerhalb des Aerztekammerwesens, statt bisher einer lediglich freiwilligen Vereinigung, zu machen, dem alle den gesammten ärztlichen Stand der Monarchie betreffenden Vorlagen zunächst zur Vorberathung überwiesen würden, damit ihre Verhandlung in den einzelnen Kammern nach einheitlichen Gesichtspunkten erfolgen kann; ebenso würden diesem Fragen von nicht prinzipieller Bedeutung zur sofortigen Erledigung zugewiesen werden können.

Alles drängt nach Wahrung und Vertretung seiner Interessen. Jeder Stand will gehört sein und bei seinen Spezialinteressen ein entscheidendes Wort mitreden. Wir können ein solches Verlangen nur unterstützen. Was aber dem Einen recht ist, soll dem Andern billig sein. Seit zwei Jahrzehnten verlangen die Arbeiter vergeblich die Errichtung von Arbeiterkammern. — Auch eine gesetzliche Neuregelung des Apothekenwesens soll nahe bevorstehen.

Dem Reichstage wird wahrscheinlich noch in dieser Session ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der auf Einführung der Personalkonzession beruht. Die augenblicklich bestehenden Apothekenberechtigungen sollen in einer der Billigkeit entsprechenden Weise beseitigt werden. Die privilegirten Apotheken (die ohne Einschränkung vererbt oder verkauft werden können), sollen angemessene Entschädigungen erhalten, für die übrigen Apothekenbesitzer aber soll zur Einführung der neuen gesetzlichen Vorschriften eine längere Frist vorgesehen werden. Es sollen ferner sogenannte Hausapotheken zugelassen werden, aber nur bei größeren Anstalten, welche die Arzneien für ihre Insassen durch einen approbirten Apotheker selbst bereiten lassen, und für Aerzte, die nur für die von ihnen behandelten Patienten aus ihren Hausapotheken Arzneien verabreichen dürfen.

Um gründlichen Wandel zu schaffen und den Aermsten Arzneimittel zum Herstellungspreis abgeben zu können, ist es nothwendig, daß die Apotheken von Gemeindewegen verwaltet werden. Würden den gegen Krankheit Versicherten und deren Angehörigen die Heilmittel zum Kostenpreis geliefert, so würden die Krankenkassen sich weniger in Schwulitäten befinden und mancher Arbeiter darauf verzichten, Medikamente als Armenunterstützung entgegen zu nehmen und damit sich seines Wahlrechts zu begeben.

Der Schmachtriemen kann in Schwarzburg-Sondershausen noch ein Loch enger geschnallt werden als wie in Preußen. In letzterem beginnt die Steuerpflicht doch erst bei einem Einkommen von jährlich M. 420. In ersterem ist man aber der Ansicht, daß die Steuerpflicht schon bei einem Einkommen von jährlich M. 300 einzutreten habe. Ob man der Meinung ist, daß mit M. 300 schon eine für thüringer Verhältnisse zu vermeidende Ueppigkeit eintrete? Oder glaubt man damit die Verhältnisse gebessert zu haben, daß man mit der Behauptung paradiren könne, die Wohlhabenheit sei so groß, daß Niemand Steuerfreiheit genieße?

Von der Saar. Auf Inspektion III auf Riegelsberg wurden anfangs dieses Monats sämmtliche Bergleute, welche nach dem jüngsten Ausstand abgelegt worden waren, wieder angelegt. Unter den Wiederangelegten befand sich auch der Bergmann Nicolaus Müller aus Fahlscheid. Am 9. d. M. verfuhr er seine erste Schicht, sollte aber nicht lebend aus der Grube herauskommen. Kaum hatte er einige Stunden gearbeitet, als er durch herabfallendes Gestein getödtet wurde. Das ist der Lauf der bürgerlichen Gesellschaft. Fast keinem Arbeiter gereicht die Arbeit zur Freude, vielen direkt zum Verderben. — Die von uns in voriger Nummer erwähnte telegraphische Meldung, daß anfangs Dezember alle abgelegten Bergleute des letzten Ausstandes wieder angelegt werden sollten, ist in dieser generellen Fassung nicht zutreffend. Es handelt sich nur um die Mehranlegung von Arbeitern in Bezug auf die verstärkte Förderung, hervorgerufen durch den Mehrbedarf des Marktes. Es werden also Einzelne noch weiter zappeln können.

Einen neuen Beweis für die Unhaltbarkeit der Hirsch-Dunckerei brachte jüngst die dritte ordentliche Generalversammlung der Invalidenkasse des Gewerkvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter. Es wurde in derselben klargelegt, daß trotz des günstigen Sachverständigen-Gutachtens es gerathen sei, die Kasse aufzulösen. Die Mitgliederzahl hat sich seit einer Reihe von Jahren bedeutend vermindert, die Einnahmen sind dementsprechend geringer geworden, dagegen hat sich die Zahl der Mitglieder, die invalide wurden, von Jahr zu Jahr wesentlich vermehrt Herr Dr. Max Hirsch sprach sich entschieden gegen die Auflösung aus; jedoch — man verweigerte ihm den Gehorsam — die Auflösung wurde mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen. Dem Prinzip der Hirsch-Duncker'schen Selbsthülfe ist damit ein empfindlicher Stoß bereitet worden: man sieht es nach und nach ein, daß mit den Brosamen, mit denen der Arbeiter heutzutage abgespeist wird, nicht das erreicht werden kann, was Noth thut und die Schäden der heutigen ausbeuterischen Produktionsweise nur einigermaßen zu verdecken, viel weniger noch, dieselben zu heilen, wenn nicht auf die seitens der Bourgeoisie angesammelten Mittel zurückgegriffen wird. Die Erkenntniß von der Zweckmäßigkeit der letzteren Art der Selbsthülfe muß aber von unten, aus den Reihen der „geführten" Arbeiter kommen, wenn ihr eine Bedeutung beigemessen werden soll, denn von Herrn Dr. Max Hirsch darf dies nun und nimmermehr erwartet werden. Wir konstatiren mit Befriedigung, daß man auf diesem Punkte angelangt ist. Mit dem nothwendig gewordenen Fallen der Kasseneinrichtungen, in welche die Arbeiter „nun schon so lange hineingesteuert haben", verschwindet auch der Magnet, welcher die Mitglieder der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine nothdürftig zusammenhält, und wo alsdann dieselben auf ihrem Suchen nach etwas Anderem schließlich anlangen werden, das unterliegt für uns keinem Zweifel.

Die sozialpolitische Einsicht reißt in die Reihen der Hirsch-Duncker'schen wie in alle Gesellschaftsklassen breite Lücken. Alle Ueberredung des Anwaltes blieb unbeachtet. Auch der günstige Stand der Kasse konnte nicht blenden. Nach Abzug aller Verpflichtungen blieb noch ein rechnungsmäßiger Ueberschuß von M. 123 800. Die gemachten Erfahrungen waren ausschlaggebend. Man mußte eingestehen, daß jüngere Mitglieder sich der Kasse nicht mehr zuwenden und daß die älteren Mitglieder, deren Zutrauen zu der Kasse erschüttert sei, von der Neigung beherrscht werden, von der Kasse zu ziehen was zu ziehen sei.

Tagung des Ausschusses des Verbandes der deutschen Berufsgenossenschaften. Zu Anfang des Monats fand in Berlin unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Roeßke eine Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses des Verbandes der deutschen Berufsgenossenschaften statt, in der u. A. beschlossen wurde, Enqueten zu veranstalten über die in Deutschland bestehenden Vorschriften für die Errichtung und den Betrieb von Fahrstühlen, sowie über die seitens der Berufsgenossenschaften bisher getroffenen Maßnahmen bezüglich der ersten Hülfeleistung bei Unglücksfällen Ferner wurde eine Kommission gewählt behufs Prüfung der inzwischen eingegangenen Vorschläge, betreffend die Abänderung der Unfall-Versicherungsgesetze, da in den betheiligten Kreisen angenommen wird, daß den gesetzgebenden Faktoren die in Aussicht gestellte Novelle binnen Kurzem zur Berathung vorgelegt werden wird Die Kommission hat inzwischen ihre Berathungen in mehrtägigen Sitzungen erledigt, und das Resultat derselben soll nunmehr der Reichsregierung mit der Bitte um Berücksichtigung unterbreitet werden.

Krieg und Erziehung. Der Franzose Camille Flammarion veröffentlicht im „Journal illustré" eine interessante Zusammenstellung, aus der hervorgeht, daß die bedeutendsten Staaten von Europa 3 bis 6 Mal mehr für Kriegszwecke als für die Erziehung ausgeben. Die folgende Tabelle zeigt die jährliche Ausgabe per Kopf:

	Krieg:	Erziehung:
Frankreich	Frcs. 20,—	Frcs. 3,50
England	„ 18,60	„ 3,10
Holland	„ 17,90	„ 3,20
Sachsen	„ 11,90	„ 1,90
Württemberg	„ 11,90	„ 1,90
Bayern	„ 11,90	„ 2,60
Preußen	„ 10,20	„ 2,50
Rußland	„ 10,20	„ —,15
Dänemark	„ 8,80	„ 4,70
Italien	„ 7,60	„ 1,80
Belgien	„ 6,90	„ 2,30
Oesterreich	„ 6,80	„ 1,60
Schweiz	„ 4,10	„ 4,20

Daher der Name europäische „Kultur"-Staaten!

Aus Dänemark. Die Frage wegen des Wahlrechts der Frauen steht augenblicklich in Kopenhagen auf der Tagesordnung. Im Folkething wurde ein diesbezüglicher Antrag eingebracht und vom Sozialisten Hermann Trier vertheidigt. Der Frauenverein hielt ebenfalls eine stark besuchte Versammlung, um für das Wahlrecht der Frauen zu agitiren. Frau Dr. med. Lange hielt eine Rede, in welcher sie betonte, daß man den Frauen in Dänemark dasselbe Recht geben müsse, welches sie in England, Schweden, Rußland (?) und selbst auf Island erworben hätten. Vorläufig verlange man nur kommunales Wahlrecht für die 5000 Frauen, die in Kopenhagen die Bedingungen des Gesetzes in dieser Beziehung erfüllten. Dies würde nicht nur die Ausbildung der Frauen fördern, sondern auch dem Staate zum Wohle gereichen. Frauen, welche Steuern bezahlten, müßten auch das Wahlrecht haben. Eine Isländerin, Frl. Johannsen, machte Mittheilungen über die Stellung der Frauen auf Island, wo sie schon seit 1882 kommunales Wahlrecht haben. Schließlich wurde eine Resolution zu Gunsten des Frauen-Wahlrechts einstimmig gefaßt.

Aus Oesterreich. Das Ministerium Taaffe ist seiner Wahlrechtsreform zum Opfer gefallen, auf Grund des Ansturmes der bürgerlichen Gesellschaft, der die Reform eine zu weitgehende war. Das neue Ministerium wird dem Ansturm der Arbeiterbewegung zum Opfer fallen, die zu bemeistern ihm niemals gelingen wird. Ob der Name Windischgrätz eine ominöse Vorbedeutung haben soll? Die Arbeiter sind nicht so zart besaitete Naturen, um vor Namen das Gruseln zu bekommen. Sie sind mit Bismarck fertig geworden und werden auch mit Windischgrätz fertig. —

Ein häßliches Kulturbild zur Illustration der herrlichen, vollkommenen bürgerlichen Gesellschaftsordnung wird aus Budapest gemeldet: „Leo Seßler, einer der begabtesten Bildhauer Ungarns, Schöpfer des Monumentalbrunnens auf dem hiesigen Calvinplatz und der zwölf Apostel in der hauptstädtischen Basilika, ist in seiner Wohnung in Neupest verhungert aufgefunden worden." Seßler war durch Krankheit und Noth menschenscheu geworden." Das soll doch wohl heißen, der Künstlerstolz bäumte sich dagegen auf, ein bornirtes Mäcenthum um Gnadenbrocken anzubetteln.

Aus der Schweiz. Von dem Schweizer Arbeiterbund, dem alle Arbeiterorganisationen ohne Unterschied des sozialen, religiösen oder politischen Bekenntnisses angehören, wird die Einberufung eines internationalen Kongresses vorbereitet, auf dem die Frage des internationalen Arbeiterschutzes erörtert werden soll. Der Kongreß soll im August n. J. stattfinden, und gleichsam eine Wiederholung der Berliner Arbeiterschutzkonferenz abgeben, im volksthümlichen Sinne. Die schweizerische Bundesregung sucht das Unternehmen durch finanzielle Beihülfe zu fördern. Ob's was nützen wird? Schaden kann's auf keinen Fall!

Aus Italien. Bei den Kommunalwahlen zu Imola drang die ganze sozialistische Liste mit einer Majorität von 300 Stimmen durch.

Aus Frankreich. Der sozialistische Roubaiser Gemeinderath hat in einer seiner jüngsten Sitzungen beschlossen: 1. Die Institution unentgeltlicher Rechtskonsulationen einzuführen; 2. eine Gemeinde-Apotheke zu errichten; zu letzterem Zwecke hat er einen Kredit von 25 000 Frcs. votirt. Diese Apotheke wird die Arzneien zum Selbstkostenpreis verkaufen. In dem bezüglichen Antrag wird gesagt: Es sei nichts abscheulicher, als die dem Einzelnen überlassene Freiheit, auf die Krankheit seiner Mitmenschen zu spekuliren, indem diesen die Arzneien, d. h. die Mittel zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit, theurer verkauft werden als sie zu stehen kommen. Der großen Mehrheit der Arbeiter werde es daher unmöglich, sich und ihre Angehörigen im Krankheitsfalle zu pflegen; denn wie sollten unter solchen Umständen die Arbeiter, die oft kein Geld für den Bäcker hätten, das nöthige Geld für den Apotheker haben? Einem solchen Zustand der Dinge ein Ende zu machen, sei die Pflicht einer um das Leben ihrer Schutzbefohlenen besorgten Gemeinde. Sie müsse dies um so eher thun, als die angeregte Reform das Gemeindebudget mit keinem Sou belaste. Es genüge nämlich, die Einrichtungs- und Unterhaltungskosten einer Gemeinde-Apotheke (Lokal, Personal ꝛc.) dem Einkaufs- und Fabrikationspreis der pharmazeutischen Erzeugnisse zuzuschlagen, was keineswegs verhindern würde, dieselben um 40 bis 50 pCt. billiger zu verkaufen, als dies bisher der Fall war. Bei dieser Gelegenheit sei auch gleich bemerkt, daß der Roubaiser Gemeinderath, der im Mai vorigen Jahres gewählt wurde, im vergangenen Winter die bedürftigen Schulkinder mit Kleidern im Gesammtwerthe von 14 484 Frcs. bedachte, und daß er heuer für den gleichen Zweck 20 000 Francs verausgabt. —

Die französische Kammer ist am 14. d. M. eröffnet. In derselben wird folgendes Vorkommniß Gegenstand heftiger Debatten werden: Die „Petit Republique" veröffentlicht einen vertraulichen Bericht des Generalstaatsanwalts von Douai an den Justizminister, worin der Staatsanwalt die Einleitung der Strafverfolgung gegen zwei große Bergarbeiter-Syndikate des Nord-Departements vorschlägt, da die Syndikate nicht konform den Regeln des Genossenschafts-Gesetzes konstituirt seien. Jetzt wäre der Zeitpunkt zur Verfolgung günstig da die Bergarbeiter durch das Mißlingen des Streiks entmuthigt und nicht allzu heftig zu Gunsten der Syndikate protestiren würden. Der Staatsanwalt erbittet die Genehmigung zur Verfolgung vor dem Zusammentritt der Kammer, da Hans-

suchungen bei den Deputirten Baslly und Lamendin erforderlich seien, zu denen später die Genehmigung des Parlaments nöthig wäre. Der Justizminister ordnete eine Untersuchung an, um die Urheber der Entwendung von Dokumenten zu ermitteln. — Um sich gewiß nicht noch mehr zu blamiren, verbreitet man die Nachricht, das Dokument sei dem Boten verloren gegangen. Der Herr Staatsanwalt wird sich wohl ebenso gut versetzen lassen können, wie der Polizeipräfekt von Paris. —

Die Franzosen wachen ängstlich über der Hebung ihrer kommerziellen Verhältnisse. Pariser Blätter beschäftigen sich mit einem Briefe, welchen der Direktor des Gewerbe- und Handels-Unterrichts im Handelsministerium, Javette, an den Generalkommissar der französischen Sektion auf der Antwerpener Ausstellung richtet, um ihn auf eine Schrift aufmersam zu machen, die von dem deutschen Comité der Antwerpener Ausstellung verbreitet wird. Dieselbe ist betitelt: „Die französische Einfuhr in Belgien und die deutsche Industrie", und läßt an die deutschen Gewerbetreibenden die dringende Aufforderung ergehen, die in Belgien gegen die neue französische Zollgesetzgebung herrschende Verstimmung wahrzunehmen und die Franzosen von den belgischen Märkten zu verdrängen. Es wurden, so liest man in der Schrift, im Jahre 1887 für nahezu 288 Millionen Francs französischer Waaren in Belgien eingeführt, dagegen nur für 147 Millionen deutscher. Im Jahre 1891 war die Einfuhr der französischen Waaren auf 326¾ Millionen gestiegen, die der deutschen nur auf 164 164 000 Frcs. Dieses Verhältniß umzudrehen, müssen die Deutschen sich bemühen. Eine bessere Gelegenheit wird sich sobald nicht wieder bieten. In zwei oder drei Jahren werden die Belgier ihre Beschwerden gegen die Franzosen schon vergessen haben, und wäre es für die Deutschen zu spät. „Auf dieses Resumé Ihre Aufmerksamkeit zu lenken, Herr Präsident, halte ich für meine Pflicht. Es wird Ihnen zeigen, unter welchen Bedingungen ein Nebenbuhler sich vorbereitet, und Sie, sowie Ihr Comité anspornen, Ihre Anstrengungen zu verdoppeln und dafür Sorge zu tragen, daß die französische Industrie auf der Antwerpener Ausstellung würdig vertreten ist." Der Handelsminister hat auf dieses Schreiben hin an den Präsidenten der französischen Sektion für die Antwerpener Ausstellung die Aufforderung gerichtet, die Anstrengungen zu verdoppeln, damit Frankreich auf der Antwerpener Ausstellung würdig vertreten sei. —

Ueber kapitalistische und proletarische Entlohnung bringt die „Münch. Post" folgenden interessanten Beitrag: Der Pariser „Figaro", das Organ der Pflastertreter und Lebemänner des Boulevards, berechnet den durch den Streik im Pas de Calais einer einzigen Kompagnie, der von Lens, verursachten Schaden auf 990 000 Francs, darunter 600 000 Frcs. entgangener Gewinn aus der nicht geförderten Kohle. Wenn die Arbeit nicht unterbrochen worden wäre, so hätten die Arbeiter während der 42 Tage des Streiks 42 mal 8000 Tonnen, d. i. 336 000 Tonnen Kohle, gefördert, was einem Gewinn von 672 000 Frcs. (2 Frcs. à Tonne) entspricht. Der offenbar im Namen der so schwer geschädigten Ausbeuterkompagnie sprechende „Figaro" setzt das Rechenexempel nicht bis zum Ende fort. Wenn man nämlich etwas weiter rechnet, ergiebt sich folgendes: Der Jahresgewinn der Kompagnie von Lens ergiebt nach den Angaben des „Figaro" die Summe von 4 800 000 Frcs. Die 3000 Aktien der Gesellschaft sollen sich in 300 Händen befinden, so daß auf jeden Aktionär ein Jahresgewinn von 16 000 Frcs. entfällt. Die Arbeiter, über und unter Tage, der Kompagnie erhalten nur einen Durchschnittslohn von 1411 Frcs. resp. nach Abzug unfreiwilliger Arbeitslosigkeit, Krankheit 2c. von 1272 Frcs. Jeder der 300 Aktionäre erhält also täglich 43,83 Frcs., jeder Arbeiter 3,48 Frcs. von dem Ertrage der Gruben. So entlohnt der Kapitalismus Diejenigen, die arbeiten und Diejenigen, die Andere für sich arbeiten lassen.

Aus Belgien. Aus Brüssel wird unterm 15. d. M. gemeldet: Ein interessanter Versuch wird am nächsten Sonntag in der belgischen Hauptstadt angestellt werden. Alle Parteien haben sich geeinigt, am genannten Tage eine Wahl in Brüssel und seinen Vorstädten abzuhalten, um zu beweisen, daß die verhältnißmäßige Vertretung aller Parteien durchführbar ist. Als Kandidaten sind verstorbene Parteiführer aufgestellt. Die Klerikalen stimmen für Malou, die Doktrinären für Orts, die Fortschrittler für Demeur, die Vlamländer für Conscience, die Sozialisten für de Paepe und die Unabhängigen für Coppermans. Die Regierungskreise nehmen an der Wahl Theil. Zahlreiche Wahlbureaux werden eröffnet. Auf Grund der erlangten Stimmenzahl wird jede der sechs Parteien die ihr zukommende verhältnißmäßige Zahl der Vertreter zuerkannt erhalten.

Ein gleicher privater Versuch war damals gemacht, als die Wahlrechtsreform eingeleitet wurde. Die verhältnißmäßige Vertretung oder, wie der technische Ausdruck lautet, das Proportionalsystem ist die gerechteste Form des allgemeinen und direkten Stimmrechts, indem letzteres erst dadurch ein gleiches wird, indem jede der abgegebenen Stimmen ihre Vertretung findet, und zwar gleichmäßig.

Aus England. Die Regierung hat jetzt den Zeitpunkt als günstig bezeichnet, wirkungsvoll die Vermittlerrolle zwischen den Bergarbeitern und den Grubenbesitzern zu übernehmen. Lord Rosebery ist mit der Mission betraut. Die Verhandlungen sollen am 17. beginnen.

Die Damen der höchsten und hohen Aristokratie hielten am 7. November in London eine Sympathie-Versammlung für die Frauen und Kinder der streikenden Bergleute ab. In den gehaltenen Reden wurden die Forderungen der ausständigen Bergleute vertheidigt, der Kampfesmuth und die Opferfreudigkeit derselben als altenglische Tugenden gefeiert und in einer Resolution dem Hausrath der Arbeiterfrauen, womit diese die Entbehrungen dieses Kampfes ertragen, Bewunderung ausgesprochen. — An den Sammlungen für die Bergleute nehmen alle Bevölkerungsklassen Theil, eine ganze Reihe von Tagesblättern veröffentlichen Eingänge, das Journal „Sun" z. B. quittirt über 5361 Pfd. St. und eröffnet eine Subskription unter seinen Abonnenten für einen regelmäßigen wöchentlichen Beitrag von 1000 Pfd. St.

Die Lage des Kohlenmarktes rechtfertigt das Verlangen der Arbeiter, eine Lohnherabsetzung abzulehnen. Jetzt wird die Ursache des Widerstandes der Grubenbesitzer bekannt. Dieselben haben Lieferungsverträge abgeschlossen, in denen sie die Lohnfrage bereits mit in Anlag gebracht haben. Man hat also im Voraus auf eine größere Schinderei der Arbeiter gerechnet, um nur deren Ausbeutung einen größeren Absatzmarkt zu erzielen. Der Anschlag ist an dem hartnäckigen Widerstand der Arbeiter gescheitert, die in diesem Falle das Bollwerk abgegeben haben, einer internationalen Lohnherabsetzung vorzubeugen. Die wackeren Kämpfer verdienen die internationale Beihülfe.

Die am Freitag stattgefundene Konferenz hat den gewaltigen Riesenstreik beendet. Die Arbeit ist am Montag, 20. November, auf allen Gruben zu den alten Löhnen wieder aufgenommen. Die alten Löhne werden bis zum Februar n. J. fortgezahlt. Inzwischen soll ein aus 14 Arbeitern und 14 Grubenbesitzern zusammengesetztes Schiedsgericht, dem ein Unparteiischer präsidiren soll, die vorhandenen Streitfragen regeln. Die Entscheidungen des Schiedsgerichts sollen bindend sein. Das bedeutet den vollständigen Sieg der Arbeiter nach fast viermonatlichem Ringen. Fürwahr, glänzend hat sich die Organisation der englischen Arbeiter bewährt, und glänzend ihre Ausdauer und ihre Disziplin. Und die Auffassung Derer, die da glaubten, der Macht des konzentrirten Kapitals, so wie es in der englischen Grubenindustrie den Arbeitern entgegentritt, könne keine gewerkschaftliche Organisation Trotz bieten, ist auf's Schlagendste widerlegt. Der große englische Kohlenstreik ist eine der ruhmvollsten und an Lehren und Früchten reichsten Episoden der modernen Arbeiterbewegung.

Die Nachricht von der Beendigung des Streiks wurde im Unterhaus mit einer begeisterten Beifallssalve aufgenommen.

Aus Amerika. Böse Erfahrungen haben die thüringer Weber gemacht, die sich nach Einführung der Mac Kinley-Bill nach Amerika locken ließen. Einer derselben schreibt an einen Anverwandten: „Am 5. August haben alle Fabriken der Neu-England-Staaten mit Ausnahme einiger, die nur weißes Zeug verfertigen, zugemacht. Bedenke, die Fabriken, wo ich arbeite, beschäftigen an 2600 Arbeiter. Eine andere Fabrik hat 10 000 Stühle, und 5000 Arbeiter kamen außer Beschäftigung. In mehreren Städten im Staate Massachusetts ist es derselbe Fall. Kurz, bis zum 26. August standen 40 000 Stühle und 3 500 000 Spindeln allein in den Neu-England-Staaten still. Mehrere Fabriken haben zwar wieder angefangen, aber mit einem Lohnabbruch von 8—15 Prozent." Weiter hatte die Schließung der Fabriken auch keinen Zweck. Erst galt es, mit der Verbreitung des Schreckens der Arbeitslosigkeit die gehörige Stimmung zu machen, um dann die Pläne der Lohndrückerei verwirklichen zu können. Diese Methode praktizirt jetzt das gesammte amerikanische Unternehmerthum aller Branchen. Es sollte dies protzenhafte Vorgehen Anstoß geben, endlich eine geschlossene amerikanische Arbeiterbewegung zu Stande kommen zu lassen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Den Lokalverwaltungen sowie den Einzelmitgliedern zur Kenntniß, daß im Laufe der verflossenen Woche die Flugblätter

Ein Mahnruf
an die Holzarbeiter Deutschlands

und die statistischen Fragebogen versandt wurden. Sollten die selben an irgend einem Ort nicht eingetroffen sein, so bitten wir sofort zu reklamiren.

Bezüglich der Statistik enthalten die Fragebogen die nöthigen Instruktionen, darnach kommen die Personen- und Werkstattfragebogen erst in den Wochen zwischen Weihnachten und Neujahr zur Vertheilung, dagegen sollte die Verbreitung der Flugblätter schon jetzt erfolgen. Wo die übersandte Zahl nicht genügt, bitten wir uns sofort Mittheilung zu machen, damit die Verbreitung keine Verzögerung erleidet. Jedes Mitglied muß seine Schuldigkeit thun, um für die Ausbreitung des Verbandes zu wirken. Den Berufsorganisationen bleibt trotz der politischen Bewegung und trotz der „Sozialgesetzgebung", eine so wesentliche Rolle im Kampfe des Proletariats um seine Befreiung und vorläufige Besserstellung, daß wir hierfür keine Opfer scheuen dürfen.

Wir sind leider genöthigt, nochmals darauf hinzuweisen, daß bei allen Sendungen der Einzelmitglieder an die Hauptkasse die Buchnummer angegeben sein muß, da wir bei dem großen Geschäftsandrang nicht in der Lage sind, den Namen des Einzelnen unter den Tausenden herauszusuchen; wir sind deshalb genöthigt, derartige Sendungen in Zukunft unberücksichtigt zu lassen.

Der Vorstand.
Karl Kloß, erster Vorsitzender.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben. D. R.)

Neustadt a. d. Orla. Wir ersuchen, den Zuzug nach Neustadt a. d. Orla fernzuhalten. Die Kollegen der Wild'schen Möbelfabrik stehen im Ausstand. Betroffen sind 20 Kollegen. Der Geist ist ein vorzüglicher und hoffen wir mit Unterstützung der Kollegen in kurzer Zeit den Kampf siegreich zu bestehen.

Mit kollegialischem Gruß
J. A.: Julius Schmidt.

Hamburg. Eine öffentliche Versammlung der bei der Kistenfabrikation beschäftigten Arbeiter fand am 16. November im Lokale des Herrn Holzhausen, Thalstraße, statt, mit der Tagesordnung: 1. Die Tabakfabrikationssteuer und die daraus entstehenden Folgen für die bei der Kistenfabrikation beschäftigten Arbeiter. Referent A. v. Elm. 2. Die Gewerkschaftsorganisation unter Berücksichtigung des Holzarbeiterverbandes. Eröffnet wurde dieselbe vom Kollegen M. Hagge. Das Bureau wurde wie folgt gewählt: M. Hagge, Th. Körchner und H. Flötje. Der Referent v. Elm sprach in dreivierteistündiger Rede sachlich und Allen verständlich über den voraussichtlichen Ruin der blühenden Tabakindustrie und deren Nebengewerbe durch die geplante Steuerreform, welche den größten Theil von Steuern hergeben solle, um den Moloch Militarismus zu befriedigen. Näher auf den Inhalt der Rede einzugehen, wird nicht von Nöthen sein, da in den verschiedenen Zeitungen und Versammlungen dieses zur Genüge erörtert ist. Nach Erledigung des Referats wurde eine längere Resolution angenommen, dahinlautend, daß es grausam sein würde, durch Annahme der geplanten Steuer Tausende und Abertausende von Arbeitern der Noth und Armuth anheimzugeben. Hiergegen mit aller Entschiedenheit zu protestieren, fühle sich die Versammlung verpflichtet, und sei es Pflicht der Volksvertreter, dieser Gesetzesvorlage ihre Zustimmung zu versagen. Dem Referenten v. Elm, als Delegirten zum Kongreß der Tabakinteressenten in Berlin, wird das Mandat für die im Kistenfach beschäftigten Arbeiter mit übertragen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung nimmt Kollege Hagge das Wort und tritt in längerer Rede für den Holzarbeiterverband ein und führt aus, daß es Pflicht aller Kistenmacher sein müsse, dem Verbande anzugehören; wir hätten früher eine der besten Fachorganisationen besessen und dürften jetzt nicht rückläufig werden. Unter Anderem führt Redner noch an, daß die Beiträge höhere sein müßten, denn was könne man mit niedrigen Beiträgen gegen das übermächtige Kapital machen, was bleibe nach, wenn Reiseunterstützung und die Kosten für die Zeitung abgingen. Es müsse mehr für die Agitation und Aufklärung gethan werden; bedenke man doch, wie viel Geld für Lotterie- und Vergnügungsklubs ausgegeben werde. Es wäre besser gewesen, den Freundschaftsklub der Kistenmacher nie in's Leben gerufen zu haben, er sei ein Hemmschuh für den Verband; wenn dort Einer nicht erscheine, das werde gerügt, fehle Einer im Verband, da kümmere sich Niemand darum. Hierüber entspann sich eine sehr lange Debatte, in welcher von mehreren Kollegen hervorgehoben wurde, daß es besser gewesen wäre, für uns zu bleiben, oder als Sektion beizutreten, denn die Kistenmacher im großen Ganzen wären noch nicht so weit in ihren Anschauungen, um einzusehen, daß das große Ganze auch nur was Großes leisten könne. Hagge widerlegt in seinem Schlußwort noch Einzelnes, und bedauert, im Einzelnen Recht geben zu müssen, aber man könne nur vorwärts, ein Rückwärts gebe es nicht. Eine vom Kollegen Döling beantragte Tellersammlung wurde angenommen und ergab M. 3,25. Hierauf Schluß der nur schwach, trotz der wichtigen Tagesordnung, besuchten Versammlung um 12 Uhr.

Hamburg. Ein Vorkommniß, welches weniger kaufmännischen Großmuth als vom kleinlichsten Krämergeist diktirte Engherzigkeit zeigt, ist dieser Tage zweien Verbandskollegen zu Theil geworden. Ist da in der Steinstraße 78 ein mehr Großkaufmann als Fabrikant — C. H. J. F. Stein ist sein Name —, welcher zwei Bürstenmacher beschäftigt, welche einen Durchschnittslohn in Akkord von M. 20 die Woche verdienten, obgleich der Stundenlohn 30 ₰ beträgt. Ob dieses großen Verdienstes muthete unser Fabrikant den Kollegen noch zu, das Brennmaterial, welches sie nothwendig zum Heizen bei ihrer Arbeit brauchten, aus altem Bauholz selbst zu schneiden und zu spalten. Die Betreffenden berechneten für das Quantum der ganzen Woche eine Stunde à Person mit 30 ₰ im Lohne, dafür erhielten sie die kategorische Aeußerung: wenn sie das Holzkleinmachen bezahlt verlangten, seien sie entlassen. Die Kollegen nahmen ihre Entlassung unter Hinweis, daß es ihr gutes Recht sei, verwendete Arbeitszeit zu Nebenarbeiten entsprechend bezahlt zu verlangen. Auch wurde die Kontrole über verfertigte Waaren und die dafür im Lohnbuche eingetragenden Preise von einem 15jährigen Hausknecht ausgeführt, wodurch sich die Kollegen in keiner Weise geehrt fühlten. Dieses Vorkommniß zeigt recht deutlich, was sich die auf den Besitz pochende Unternehmerherrlichkeit Alles herauszunehmen anschickt Arbeitern gegenüber, die auf die Wahrung ihrer Menschenwürde halten.

Celle, 17. November. Um die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit so recht zu kennzeichnen, fühlen wir uns veranlaßt, die Arbeiterfreundlichkeit eines hiesigen Unternehmers in's rechte Licht zu stellen. Die Celler Schirmfabrik Gebr. Hugo sucht in auswärtigen Zeitungen periodisch Drechsler, Polirer usw. Sieht ein auswärtiger Kollege derartige Annoncen, so muß derselbe denken, in dortiger Fabrik müßte Arbeit in Fülle vorhanden sein. Aber weit gefehlt. Leistet ein Kollege den Annoncen Folge, so sehnt er sich, so bald wie möglich von hier wieder fortzukommen. Einige Beispiele seien hier angeführt. Vor einigen Wochen kam ein Kollege hier zugereist und bekam auch in obiger Fabrik Arbeit. Nachdem derselbe 14 Tage gearbeitet, hatte derselbe eine Summe von M. 14 verdient. Von diesem Gelde wurden ihm erstens M. 3 Vorschuß, Kranken- und Invalidengeld abgezogen, so daß demselben noch ganze M. 10 blieben. Aber auch dieses Geld wurde demselben nicht ausbezahlt, sondern dies wurde für Kost und Logis abgezogen (warum ließ er sich das gefallen? D. Red.), so daß er nun nach 14tägiger Arbeit vollständig mittellos dastand. Um ihn nun wenigstens nicht ohne einen rothen Heller auf die Landstraße ziehen zu lassen, fühlten sich seine Mitarbeiter veranlaßt, eine kleine Sammlung unter sich vorzunehmen. Einem anderen Kollegen ging es noch schlechter. Derselbe wurde in Arbeit gestellt, miethete sich auch demgemäß hier ein, aber leider bekam er keine Arbeit vom Herrn Meister. Nachdem derselbe zwei Tage vergebens auf Arbeit gewartet und herumgebummelt, blieb ihm weiter nichts übrig, als sein Bündel zu schnüren und weiter zu wandern. (Warum klagte der Kollege nicht auf Arbeit oder 14tägige Lohnzahlung? Die verbummelten Tage mußten entschädigt werden. D. Red.) Nun wird jedem Leser der Gedanke kommen, wie es möglich ist, daß ein Arbeiter in 14 Tagen nicht mehr verdienen kann (derselbe war kein schlechter oder fauler Arbeiter). Fast tagtäglich werden nun Leute gesucht, dabei ist es aber ja nichts Seltenes, daß dort Arbeiter drei bis vier Tage ohne Arbeit sich befinden. Hat ein Kollege, welcher nun zugereist kommt, das große Glück, in dieser Fabrik in Arbeit zu treten (denn eingestellt werden fast Alle), wie soll derselbe nun nachher seinen Pflichten genügen? Derselbe hat jetzt eine Zeit hier gearbeitet, nun hat er eine solch große Summe verdient, vielleicht bekommt er auch einige Mark in die Finger, wen nun aber zuerst bezahlen. Er selbst sieht ein, daß er hier nichts verdienen kann und sucht so schnell wie möglich wieder weiter zu kommen. Will er nun einige Pfennige auf der Walze haben, so muß er nothgedrungen entweder seine Wirthsleute, welche ihn die Zeit in Kost gehabt, um das Geld prellen, oder er muß gleich wieder anfangen zu fechten und läuft vielleicht der Polizei in die Hände. Bei alledem ist es zu bedauern, daß die Kollegen, welche dort in Arbeit stehen, sich unserer Organisation vollständig fernhalten; dieselben befinden sich doch wahrhaftig in keiner beneidenswerthen Lage. An Euch, Kollegen, liegt es, Eure Lage zu verbessern, haltet es für Eure Pflicht, einzutreten in die Reihen Eurer kämpfenden Brüder. Tretet ein in den deutschen Holzarbeiterverband, dann wird es Euch gelingen, bessere Zustände zu schaffen. Die Mitgliederversammlungen finden jeden Montag vor dem ersten und fünfzehnten des Monats im Verkehrslokal, Neuestr. 2, Abends 8½ Uhr, statt.

Görlitz. Am Montag, den 23 Oktober, fand hier eine öffentliche Holzarbeiter-Versammlung statt. Dieselbe war gerade nicht sehr zahlreich besucht, was seinen Grund darin hatte, daß an diesem Tage mehrere Versammlungen zusammentrafen. Auf Einladung war Kollege Bergmann aus Breslau als Referent erschienen. Selbiger sprach über die zunehmende Verarmung der Massen als Folge der privatkapitalistischen Produktionsweise. Redner beherrschte sein Thema in vollständiger Weise und führte in 5/4stündigem Vortrage alle die Ursachen vor Augen, welche den Arbeiter in eine immer tiefere Lage hinabdrücken. Mit einer Aufforderung, sich Alle dem Holzarbeiter-Verbande anzuschließen, schloß Redner seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. An den Vortrag schloß sich eine längere Debatte, in welcher verschiedene Mißstände zu Tage traten und einer Kritik unterzogen wurden. Nachdem Kollege Bergmann das Schlußwort erhalten hatte, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Deutschen Holzarbeiter-Verband geschlossen.

An die Holzarbeiter der Provinz Brandenburg.

Laut Beschluß der vorjährigen Versammlung der Mitglieder des Deutschen Tischlerverbandes der benachbarten Zahlstellen von Guben wurde Cottbus als der nächstjährige Versammlungsort bestimmt. Die hiesigen Kollegen haben bereits die ersten Schritte gethan, und eine Kommission gewählt, welche diese Angelegenheit zu regeln hat.

Da sich bei der letzten Zusammenkunft in Guben das dringende Bedürfniß nach einer geregelten Agitation hier in der Umgegend herausstellte, so wurde die Kommission von der hiesigen Zahlstelle beauftragt, eine Konferenz der Zahlstellen der Provinz Brandenburg in Anregung zu bringen.

Wir ersuchen nun die Zahlstellen der Provinz Brandenburg, ihre Meinung in Betreff der Konferenz uns bis zum 1. Januar 1894 mittheilen zu wollen. Besonders die im vergangenen Jahre in Guben vertretenen Zahlstellen bitten wir im Speziellen noch, uns Ihre Meinung in dieser Angelegenheit schleunigst zustellen zu wollen. Kollegen! An Euch liegt es nun, ob Ihr gewillt seid, den inneren Ausbau der Organisation im engeren Kreise zu fördern, und bitten wir, um Verzögerungen zu vermeiden, Zuschriften oder Anfragen bis zur oben angegebenen Zeit zu richten an Aug. Lehmann, Waisenstr. 3, II.

Cottbus, den 20. November 1893.

Mit kollegialischem Gruß und Handschlag

Die Kommission.

Verband deutscher Korbmacher.

Korrespondenzen.

Brandenburg. Am 28. Oktober hielt die hiesige Zahlstelle ihre Mitgliederversammlung ab. Nachdem die ersten geschäftlichen Punkte erledigt waren, gingen wir zur Diskussion über, den Anschluß an den Holzarbeiterverband betreffend, wozu eine Resolution angenommen wurde. Dieselbe lautet: „Die heutige Versammlung der Zahlstelle Brandenburg spricht ihre Ansicht über den Anschluß des Verbandes an den Holzarbeiterverband dahin aus, daß sie mit dem Hauptvorstande damit einverstanden ist, daß der Anschluß bis zum 1. Januar 1894 zu schnell vor sich ginge, sie wünscht, wie schon in der Resolution der letzten Versammlung ausgesprochen ist, die Frage in den Versammlungen besprochen, so daß sich die Ansichten bis zur nächsten Generalversammlung geklärt haben." Nachdem noch einige Sachen unter „Verschiedenes" zur Sprache gekommen und noch darauf hingewiesen war, daß doch die Kollegen zahlreicher erscheinen möchten, wurde die Versammlung geschlossen.

Bernburg. Am 28. Oktober hielten wir unsere Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: „Nochmalige Stellungnahme, betr. den Anschluß an den Holzarbeiterverband". Es entspann sich hierüber eine rege Debatte, in welcher inzwischen die von den Kollegen Brandenburgs gefaßte Resolution verlesen wurde. Alle Kollegen waren darin einig, daß wir eher auf einen Erfolg in wirthschaftlichen Kämpfen rechnen können, wenn wir eine fest organisirte Masse hinter uns haben, und diese zu gewinnen, gelingt uns nur durch Anschluß an den Holzarbeiterverband. Unsere örtlichen Verhältnisse haben uns in letzter Zeit Beispiele genügend vor Augen geführt. Was unsere Arbeit hier am Orte anbetrifft, so müssen wir den auswärtigen Kollegen mittheilen, daß auch hier viel zu wünschen übrig bleibt, da uns sehr oft infolge Ueberflusses der Arbeitskräfte mit schlechtem Material aufgewartet wird, und ersuchen wir die reisenden Kollegen unseren Ort soviel als möglich zu meiden.

Mühlberg a. d. Elbe. Die hiesige Zahlstelle des Verbandes Deutscher Korbmacher hatte am 5. November eine öffentliche Korbmacherversammlung einberufen. Der Hauptzweck der Versammlung sollte sein, den uns fernstehenden Kollegen durch einen Vortrag den Zweck und Nutzen einer Organisation klarzulegen. Leider hatten wir uns getäuscht, denn von den 20 uns Fernstehenden waren nur drei erschienen. Das Referat hatte Kollege Paul aus Dresden übernommen. Er sprach über: „Die Lage der Arbeiter, und wie ist dieselbe zu bessern? Redner schilderte die Lage der Arbeiter. Daß diese keine gute wäre, spüre ein Jeder am eigenen Leibe. Redner ist jedoch der Meinung, daß unsere Organisation zu schwach ist, da sich die Lohnkämpfe immer größer gestalten. Es wäre daher besser, wenn wir uns dem Holzarbeiterverband anschließen würden, was auch mit großem Beifall aufgenommen wurde. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden und verspricht, lebhaft für unsern Verband zu agitiren. Indem aber unser Verband nicht in der Lage ist, weder in der Agitation noch in der Organisation viel Positives zu leisten, und in der Erwägung, daß der höhere Beitrag im Holzarbeiterverband nur ein scheinbarer ist, indem man die Fachzeitung gratis bekommt, und gerade die Zeitung das beste Mittel ist, die Indifferenten aufzuklären; in ferunerer Etwägung, daß es den Kollegen in kleineren Ortschaften fast unmöglich ist, sich zu organisiren, und eine Kartellverbindung mit dem Holzarbeiterverband fast dasselbe kostet; und endlich, da es ganz ausgeschlossen ist, daß sich unsere Verhältnisse in Zukunft bessern würden, erklärt die heutige Versammlung ihre volle Sympathie mit dem Holzarbeiterverband und wünscht, daß endlich alle kleinlichen Bedenken fallen gelassen werden und ein baldiger Anschluß an den Holzarbeiterverband herbeigeführt wird." Unter „Verschiedenes" wurde lebhaft bedauert, daß die Versammlung so schwach besucht war. Die Anwesenden versprachen, für den Verband kräftig zu agitiren. Nachdem der Vorsitzende Dieselben ermahnte, für alle Zeit treu zu bleiben, wurde die Versammlung durch Absingen des Sozialistenmarsches geschlossen.

Berichtigung.

Auf Grund des Preßgesetzes ersuche ich um gefl. Aufnahme nachstehender Berichtigung in die nächste Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung".

Der in Nr. 20 der „Holzarbeiter-Zeitung", Seite 4, unter Bielefeld gebrachte Artikel ist dahin zu berichtigen, daß der Vertrauensmann Blume ordnungsmäßig mit 14tägiger Kündigungsfrist von mir entlassen worden ist, und daß der andere Kollege selbst kündigte, auf seinen nachträglichen Wunsch aber heute noch bei mir in Arbeit steht. Es ist demnach Niemand von mir gemaßregelt worden.

Gütersloh, den 14. November 1893.

Fritz Rustige.
Fabrikation sämmtlicher Bürstenwaaren.

Des Hinweises auf das Preßgesetz hätte es nicht bedurft, uns zur Aufnahme der Berichtigung zu veranlassen. Außerdem hängt es von den begleitenden Umständen ab, daß auch ein nach voraufgegangener ordnungsmäßiger Kündigung entlassener Arbeiter sich als gemaßregelt betrachten kann. D. Red.

Eingesandt.

Der Vorstand des „Verbandes freier Krankenkassen" in Hamburg,

welcher zum Zweck der Verbilligung der Arzneien ꝛc. an die sämmtlichen Verwaltungsstellen Vertragsformulare für die Herren Apothekenbesitzer versandt hat, stellt aus den zurückgekommenen Exemplaren bezw. aus den den Verträgen beigefügten Bemerkungen einen hübschen Blüthenstrauß zur Erheiterung sowohl wie zur ernsten Betrachtung zusammen und gedenkt die Blüthensammlung fortzusetzen. Wir bringen nur die duftigsten. Es schreiben:

Apotheker in Salmünster: „Kann den Vertrag nicht unterschreiben, weil im dritten Quartal für nur M. 6,58 Arznei entnommen ist." — Gut, daß es so wenig gewesen ist!

Apotheker in Lambrecht (Pfalz) meint, daß außer dem Arzte dem Apotheker Vorschriften darüber zuständen, ob die Mitglieder die Gefäße bei weiterer Entnahme wieder zu benutzen hätten. — Bei jedesmaliger Verabfolgung neuer Gefäße verdient der Apotheker mindeßens 100 pZt.

Im Limburger Kreise wollen die Apotheker den Vertrag nicht unterschreiben, weil die Apotheker „Landrathsapotheken" wären. — Auch nicht übel, so eine „Landrathsapotheke".

Lübeck, Pfaff, kann auf Handverkaufsartikel nur 5 pZt. Rabatt gewähren, weil er selbst nur 15 pZt. daran habe. — Wer's glaubt!

Emmendingen, B., will, bevor er den Vertrag unterschreibt, erst eine „oberbadische Apothekerversammlung" einberufen. — Da wird's schön werden!

Winsen a. d. L., M., kann nur 5 pZt. Rabatt gewähren. — Der arme Mann!

Weilburg. Apotheker wollen keine Rechnungsformulare beschaffen. — Ist auch eine riesige Arbeit, so ein Stück Papier alle Quartal zu liniiren!

Alzenau, Hofmann, frägt an, in welcher Form die meisten Ordinationen gegeben werden, ob in Pulvern, Pillen, Mixturen, Salz- oder Extralösungen, Dokokten oder Infusen? — Kann Keiner wissen, denn voraus zu wissen, wer krank wird und an welcher Krankheit, ist vielleicht nur dem Schäfer Thomas vorbehalten! — Ferner: Wie viel Mille Umsatz (bei etwa 80 Kassenmitgliedern!!!) **garantirt** wird? — Ob der Herr glaubt, daß die Kranken mit Medizin zu Tode gefüttert werden sollen? — Für den Fall eines Zustandekommens des Vertrages müßten die Kassen an den Pharmazeuten-Unterstützungsverein M. 10 zahlen!!! — Sonst noch Schmerzen? — Sein nächster Kollege in Aschaffenburg hatte nicht soviel Schmerzen, um den Vertrag zu unterzeichnen.

Malchow, Müller, unterschreibt den Vertrag um deswegen nicht, weil die in demselben aufgestellten Grundsätze und Punkte selbstverständlich seien und er sich schon längst darnach richte. — Muß doch wohl nicht ganz so fein, wozu sonst das Sträuben? Wollen die Rezeptrevision abwarten!

Oldesloe und Ahrensburg finden die Zurückbringung gebrauchter Gefäße „lächerlich". — Jawohl, es entgeht ihnen dadurch ein hübscher Verdienst an den hübschen Schächtelchen ꝛc., wozu sie absolut auch nicht das Geringste zu thun haben Wer könnte sich einen solchen leicht erreichbaren Verdienst entgehen lassen, das laß nur die „schwer reichen Arbeiter" bezahlen, die können sich's leisten!!! — —

Offenburg, B. u. M., verweigern die Unterzeichnung des Vertrages, weil er Bestimmungen enthalte, die mit der Medizinalordnung und mit ihren Pflichten in Widerspruch stehen. — Letzteres mag sein, Apotheker haben eigenartige Pflichten; ersteres ist Flunkerei. — Außerdem sei die Lieferung der Medikamente für Krankenkassen **gesetzlich geregelt!** — Das Gesetz möchten wir sehen! — und dennoch will der Kollege in Emmendingen eine „Oberbadische Apothekerversammlung" einberufen? — —

In Bremerhaven weigern sich die Apotheker, die Verträge zu unterschreiben, weil dies Veranlassung zu Zank und Streit gäbe. — Wo der Streit und Zank wohl herkommen sollte? Na, ist doch mindestens eine Ausrede!

Soweit bis jetzt! Die meisten der uns bis jetzt eingelieferten Verträge — mit wenigen Ausnahmen — sind ohne weiteren Anstand und ohne Bemerkungen unterzeichnet. (Fortsetzung folgt.)

Der Verbandsvorstand.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

In Ausführung eines Beschlusses des diesjährigen Holzarbeiterkongresses veranlaßt der Vorstand des Holzarbeiterverbandes eine umfassende statistische Aufnahme der Verhältnisse und Zustände in den dem Verbande angehörenden Berufen. Zu diesem Zwecke gelangen in der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr die Fragebogen zur Ausgabe. Dieselben müssen, den getroffenen Anordnungen gemäß, in der ersten Hälfte des Monats Januar ausgefüllt und wieder eingesammelt werden. Der Vorstand, dem die Bearbeitung des gesammelten Materials obliegt, wünscht bis spätestens den 1. März 1894 im Besitz desselben zu sein. Das ist auch der längste Termin, soll die Bearbeitung sich nicht in unliebsamer Weise verzögern. Denn die Aufgabe, die der Vorstand, nach den aufgestellten Fragebogen zu urtheilen, sich gestellt hat, ist eine umfangreiche, wir möchten sagen, zu weit gesteckte, um mit einem Male eine gründliche Bearbeitung erfahren zu können. Letzteres wird nur möglich sein, wenn die Kollegen allerorten streng den gegebenen Instruktionen gemäß handeln und sich mit Liebe und Hingebung der erforderlichen Mühewaltung unterziehen.

Es gelangen drei Formulare von Fragebogen zur Ausgabe: ein Orts-, Werkstatt- und Personen-Fragebogen. Durch den Orts-Fragebogen sollen sämmtliche am Ort für den betreffenden Beruf vorhandenen Werkstätten bezw. Betriebe festgestellt werden, und zwar getrennt, ob mit oder ohne Maschinenbetrieb. Ferner die Zahl der beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge.

Die Werkstatt-Fragebogen sollen Art und Umfang des Einzelbetriebes feststellen. Neben den schon vorgenannten Ermittelungen Angaben über Lohnsätze und Art desselben, Zeit- oder Stücklohn, über Arbeitszeit, Arbeits- und Arbeitermangel machen. Des Weiteren über vorgekommene Unfälle, Krankheitserscheinungen, Krankheitsursache und Zahl der Todesfälle.

Der Personen-Fragebogen sucht, wie schon der Name andeutet, die persönlichen Verhältnisse und Erlebnisse zu ermitteln. In 25 Fragen soll ermittelt werden Beruf, Familienstand, Verdienst, Beihülfe der Familienglieder zur Lebenshaltung, Arbeitszeit, Arbeitsunterbrechung, Wohnung und Preis der Lebensmittel.

Sehr oft haben wir darauf hingewiesen, daß eine genaue Kenntniß der Lage der Arbeiterklasse Grundbedingung ist, mit Nachdruck eine Verbesserung derselben zu fordern und zu begründen. Die bürgerliche Gesellschaft entzieht sich der Verpflichtung. Ihre dreisten Behauptungen von der Vortrefflichkeit ihrer Existenz findet nur Gläubige unter den Nichteingeweihten, Denjenigen, die den Produktionsprozeß nicht zu durchschauen vermögen, die gedankenlos nachplappern: „Arme und Reiche hat es immer gegeben."

Die von der Reichsregierung unternommenen „zarten Versuche" lassen noch auf Jahre hinaus ein praktisches Resultat nicht erwarten, es sei denn, es gelingt der Arbeiterklasse, dieselbe kräftig zu schieben.

Dem kräftigen Drängen und Schieben, das heißt der Aufklärung und Beseitigung noch manchen bestehenden Vorurtheils, wird auch die von dem Holzarbeiterkongreß beschlossene und von dem Vorstand in Ausführung gebrachte Statistik dienen. Trage Jeder sein redlich Theil dazu bei, daß die Arbeit eine umfassende und brauchbare wird. Wir schaffen damit eine Stellung, von welcher die bürgerliche Gesellschaft, weil an ihrer wundesten Stelle verletzt, erfolgreich angegriffen werden kann.

Filialenauflösung des Metallarbeiterverbandes. Nachdem die Polizei die Filiale Bernburg des Deutschen Metallarbeiterverbandes aufgelöst hatte, zog es die Filiale Dessau vor, der Polizei zuvor zu kommen und sich aufzulösen. Man wählte in einer öffentlichen Versammlung einen Vertrauensmann, der nun die Geschäfte des Verbandes für Dessau leiten wird. Derartige Vorgänge sprechen mehr als eine Artikelserie darthun könnte, was den Gewerkschaften Noth thut: Loslösung vom polizeilichen Zwang, Ellbogenfreiheit, Koalitionsfreiheit ist, was die Gewerkschaften in erster Linie bedürfen, sollen sie gedeihen. Wir erinnern daran, daß die Großbourgeoisie betonte, schon in den zahmen Arbeiterausschüssen die Ansätze einer selbstständigen Arbeiterorganisation zu erblicken, die man im Keime ersticken müsse. Die Arbeiter müssen kämpfen um die Koalitionsfreiheit; um den Kampf führen zu können, gilt es die Kampfmittel zu zentralisiren.

Als Vorort des internationalen Auskunftsbureaus für Metallarbeiter wurde von den schweizerischen Sektionen mit großem Mehr Winterthur gewählt und als Zentralkommission die Sektionen Schaffhausen und Zürich bestellt.

Arbeitslosigkeit an allen Ecken und Enden. Große Demonstration planen die Arbeitslosen in Brüssel. Sie haben solche vor dem Ministerium und dem Rathhause in Aussicht genommen.

Das Bestreben nach Vereinigung macht sich in den großen amerikanischen Gewerkschaftsorganisationen wieder geltend, hat jedoch wenig, wenn nicht die geringste Aussicht auf Verwirklichung. Powderly, der Präsident der Arbeitsritter, und Gompers, der Präsident der Federation of Labor, streiten um die Führerschaft. Auf dem kommenden Konvent der „Federation of Labor", welcher im Dezember in Chicago stattfindet, wird er wieder zur Sprache kommen, ohne daß man sich viel von diesem Umstande zu versprechen braucht. Powderly wünscht eine Vereinigung, aber so, daß er die einflußreichste Person der neuen Organisation sein würde. Samuel Gompers, der Präsident der „Federation of Labor", stimmt einem solchen Plane natürlich nicht zu. Es werden Namen genannt von bekannten Arbeiterführern, die im Großen und Ganzen einer Vereinigung aller Arbeiterorganisationen unter einer Leitung geneigt sein sollen. Es werden genannt: W. Weihe, der frühere Präsident der Vereinigten Eisen- und Stahlarbeiter in Pittsburg, P. J. Maguire von der Bauschreinerunion, H. J. Eichhoff von der Möbelarbeiterunion, John C. Costello von Pittsburg, John T. Byron von Massachusetts, R. M. Campbell von Memphis, Thomas J. Morgan und Andere. Auch in der Organisation der Arbeitsritter soll die Sache zur Sprache gebracht werden. Westliche Mitglieder des Ordens haben schon ein Programm ausgearbeitet, das sie befürworten wollen. Sie verlangen Abschaffung des Eingreifens der Pinkertons bei Streiks und weniger despotisches Auftreten der Miliz, erfolgreichere Beeinflussung der gesetzgebenden Körperschaften, Vereinigung von rivalisirenden Arbeiterorganisationen und die Abschaffung innerer Zwistigkeiten. Die Befürworter der neuen Organisation wollen vorerst die verschiedenen Organisationen weiter bestehen lassen und nur eine Verständigung anbahnen. M. H. Madden, der Präsident der „Illinois State Federation", sagt, der Plan sei nicht neu, habe aber keine Aussicht auf Annahme seitens der „Federation of Labor". Die Arbeitsritter hätten den größten Vortheil, wenn er ausgeführt würde.

Gerichts-Chronik.

Hat ein Zeitungs-Redakteur in der Wahrnehmung seiner persönlichen berechtigten Interessen gegen einen vermeintlichen unbefugten Angriff ehrverletzende Veröffentlichungen gegen einen Beamten gerichtet, so steht ihm, nach einem Urtheil des Reichsgerichts, IV. Strafsenats, vom 2. Juni 1893, der Schutz

des § 193 des Strafgesetzbuches (ehrverletzende Aeußerungen zur Wahrnehmung berechtigter Interessen „sind nur insofern strafbar, als das Vorhandensein einer Beleidigung aus der Form der Aeußerung oder aus den Umständen, unter welchen sie geschah, hervorgeht") zu, selbst wenn er annehmen konnte, daß er durch Beschwerde bei der vorgesetzten Dienstbehörde gleichfalls Genugthuung erlangen würde.

Gekrönte Häupter. Unter diesem Titel erscheint bei Baake in Berlin eine Serie Broschüren, von denen die ersten beiden, „Kaiserin Katharina II" und „August der Starke", der Beschlagnahme verfielen und der eine Anklage wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften folgte. Am 9. d. M. erfolgte nach eingehender Beweisaufnahme die Freisprechung Baake's.

Die Strafkammer des Landgerichts in Mühlhausen in Thüringen hat in ihrer Sitzung vom 9. d. M. fünf Wähler aus Treffurt, die in einer Wahlversammlung beim Ausbringen des Hochs auf den Kaiser sitzen geblieben waren, freigesprochen. Der Gerichtshof hat nicht zu der Ansicht kommen können, daß, wenn auch einige von den Angeklagten sitzen geblieben seien, hierin eine Majestätsbeleidigung zu erblicken sei. Es sei das allerdings ein Verstoß, um eine Majestätsbeleidigung zu vollenden, müßten aber — außer dem Nichtaufstehen — Nebenumstände, wie Aeußerungen oder Handlungen kommen. — Immerhin darf die erfolgte Freisprechung die Arbeiter veranlassen, Vorsicht zu üben. Damit, daß ein klassenbewußter Arbeiter sich in einer gegnerischen Versammlung bei Ausbringung eines Hochs von seinem Sitz erhebt, um sich nicht der Gefahr einer Anklage auszusetzen, vergiebt er sich nicht das Geringste. Anderenfalls begebe man sich nicht unnützer Weise in Gefahr und bleibe von Leuten weg, die zum Theil absichtlich Andersdenkende zu nöthigen suchen.

Landgericht Magdeburg. Vor der ersten Strafkammer standen am 14. d. M. zehn Angeklagte und zwar: 1. die Genossen Adolf Albrecht, Schneidermeister aus Halle a. S. und Wilhelm Meyer, Schuhmacher aus Magdeburg, früherer Verleger der „Volksstimme", wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze, § 110 des St.-G.-B.; 2. die Genossen Kroich, Ohen, Gundelach, Pradelt, Rödiger, Koch, Schuster und Junker sämmtlich Schneider, wegen Vergehen gegen § 16 Absatz 2 des Vereinsgesetzes. Der Anklage lagen folgende Thatsachen zu Grunde: Im Jahre 1890 wurden in Magdeburg 11 Fachvereine resp. Filialen zentralisirter Gewerkschaftsverbände polizeilich geschlossen. Diese Schließung wurde später auch gerichtlich bestätigt, weil sämmtliche Vereinigungen als politische angesehen wurden und angeblich miteinander in Verbindung getreten waren. Die Schneider Magdeburgs blieben zum kleinsten Theile Einzelmitglieder ihres Verbandes und wählten sich in öffentlicher Versammlung einen Vertrauensmann. Im Mai 1892 gründeten sie eine neue Filiale. In allem diesen erblickte das Polizeipräsidium sowie auch die Staatsanwaltschaft eine Fortsetzung der geschlossenen Filiale und erhob Anklage gegen die letztgenannten 8 Mitglieder. Die beiden Erstgenannten, Albrecht und Meyer, hatten in öffentlichen Schneiderversammlungen die Anwesenden aufgefordert, eine neue Filiale zu gründen und ihrer Organisation treu zu bleiben, worin eine Verletzung des § 110 (Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze resp. Anordnungen der Obrigkeit) erblickt wurde. Nach sechsstündiger Verhandlung wurden sämmtliche Angeklagte freigesprochen. Sehr interessant war bei der Zeugenvernehmung die Aussage des Polizeiinspektors Schmidt. Man fühlte sich förmlich in die Zeit des Sozialistengesetzes versetzt. Mit kindlicher Naivität erzählte der Herr, daß die Magdeburger Polizei sich alle Mühe gebe, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, und das sei ihr auch bis zu einem gewissen Grade gelungen durch die Zerstörung der Gewerkschaftsorganisation.

Ein Flugblatt der sozialdemokratischen Kommission für Verbreitung von Flugblättern in Schlesien und Posen hatte der Tischlermeister Hermann Stolpe aus Grünberg in Schweidnitz und anderwärts von Haus zu Haus getragen. In diesem Flugblatte stand u. A. Folgendes: „Die Großgrundbesitzer führen ein arbeitsloses Dasein, ein unverdientes, frivoles und unsittliches Genußleben im schönsten Theile der Welt auf Kosten des Schweißes der Bauern und Arbeiter, welche zu einem unmenschlichen und unwürdigen Dasein verurtheilt sind. Jeder Großgrundbesitzer, welcher sich auf diese verbrecherische Weise ein solches Genußleben verschaffe, ist ein unmoralischer Mensch. Wie unmoralisch müssen aber erst die Gesetze sein, welche solche Zustände sanktioniren." Stolpe wurde angeklagt, zum Widerstande gegen die Staatsgewalt aufgereizt, sowie erdichtete Thatsachen, wissend, daß sie erdichtet, öffentlich verbreitet zu haben, um eine Staatseinrichtung verächtlich zu machen. Das Landgericht zu Glogau sprach ihn zwar am 3. Juni d. J. von der ersten Anklage frei, bestrafte ihn aber wegen des zweiten angeblichen Vergehens nach § 131 des St.-G.-B., indem es die Angaben des Flugblattes als Lügen hinstellte und sogar die angebliche Noth der Großgrundbesitzer in den schrecklichsten Farben schilderte. Der Angeklagte legte hiergegen Revision ein und machte in derselben geltend, das fragliche Flugblatt habe nur eine erlaubte Kritik der ländlichen Verhältnisse üben und die Beseitigung der Mißstände auf friedlichem Wege bezwecken wollen. Auch das Reichsgericht war der Meinung, daß der Angeklagte nicht die Absicht gehabt habe, eine Staatseinrichtung verächtlich zu machen; es sei überhaupt eine Beziehung der Behauptungen des Flugblattes zu irgend einer Staatseinrichtung nicht zu erkennen. Vor Allem aber habe der erste Richter den Begriff der Thatsache vollständig verkannt. Unter Thatsachen seien nur konkrete Vorgänge aber nicht allgemeine Kritiken und Urtheile über eine Klasse von Menschen — und etwas Anderes enthalte das fragliche Flugblatt nicht — zu verstehen. Das Reichsgericht erkannte daher auf Freisprechung auch von dem angeblichen Vergehen gegen § 131 des St.-G.-B.

Revision verworfen. Von den in der bekannten Eisleben'er Affäre Verurtheilten hatten acht gegen das ergangene Urtheil Revision eingelegt. In der Revisionsbegründung wurde nochmals der Versuch gemacht, alle Schuld auf die Sozialdemokraten abzuwälzen. Es wurde behauptet, die Sozialdemokraten seien die Angreifer gewesen, man habe in Nothwehr gehandelt. Das Reichsgericht verwarf sämmtliche Revisionen. Unter den Verurtheilten befinden sich nun zwei Polizeibeamte. Damit hat das am 31. Mai v. J. sich abgespielte blutige Drama seine gerichtliche Sühne gefunden. Wohl niemals hat die bürgerliche Presse so geheuchelt und gelogen wie nach jenem Vorkommniß. Doch das Unmögliche war nicht möglich zu machen; die Züge konnte man nicht in Wahrheit umdichten. Und noch weniger hat man erreicht, was der Zweck jenes blutigen Vorfalls gewesen ist und sein sollte, zu verhindern, daß die Sozialdemokratie im Reiter des Mansfelder Bergbaues festen Fuß fasse. Die Arbeiterbewegung hat von jener Zeit ab recht erfreuliche Fortschritte im Herrschaftsbezirk des Herrn Bergrath Leuschner gemacht.

Zur Sonntagsruhe. Ein erwähnenswerthes Urtheil fällte das Schöffengericht in München. Es sprach einen Bäckereibesitzer frei, der eines seiner Lehrmädchen in der gesetzlich freien Sonntagszeit von 8—10 Uhr Vormittags mit Anordnung der Ladenauslage beschäftigt hatte und geltend machte, daß das nicht zum Verkauf, sondern zur Fabrikation gehöre. Wenn die höheren Instanzen dieses Urtheil bestätigen sollten, wäre vorerst die beste Gelegenheit zur Umgehung der Sonntagsruhe zum Schaden des Ladenpersonals und in direktem Widerspruch mit dem Zwecke des Gesetzes geschaffen.

Eine originelle Rechtsfrage sollte dieser Tage der Entscheidung des Zivilgerichts unterbreitet werden. Ein Lebensüberdrüssiger hatte sich in seiner Wohnung erhängt. Durch das Gewimmer und Gestöhn des freiwilligen Todeskandidaten wurden Hausbewohner angelockt, welche kühn entschlossen die verschlossene Thür sprengten, in die Wohnung drangen und den Selbstmörder noch im letzten Moment abschnitten. Bei dem Rettungswerk war die Wohnungsthür arg beschädigt worden und mußte reparirt werden. Der Hauswirth verlangte die Kosten von dem Miether, dieser aber weigerte sich zu zahlen, indem er behauptete, daß er zur Beschädigung der Thür keine Veranlassung gegeben, auch keinen Vortheil davon gehabt habe, da ihm sein Leben garnichts werth sei. Es kam deshalb zur Klage, dem Amtsrichter glückte es aber schließlich, einen Vergleich herbeizuführen.

Bunte Reihe.

An der Berliner Universität fand eine bemerkenswerthe Promotion statt. Der Doktorand, Max Meyer, im Jahre 1865 zu Berlin blind geboren, besuchte, nachdem ihm der erste Unterricht von einem Blindenlehrer ertheilt worden war, das Sophien Realgymnasium, wurde stets als bester Schüler versetzt und bestand mit Auszeichnung das Abiturienten Examen. Darauf studirte er mehrere Jahre hindurch Mathematik, Physik und Philosophie. Nach beendetem Studium verfaßte er eine Dissertation aus dem Gebiete der Differentialgleichungen, die, wie einer der Opponenten bemerkte, eine dankenswerthe Bereicherung der mathematischen Wissenschaft bildet. Der Dekan der philosophischen Fakultät, Professor Hirschfeld, beglückwünschte nach der üblichen Vertheidigung der Thesen den jungen Doktor, der mit Ueberwindung so großer Schwierigkeiten diese akademische Würde erlangt habe.

Ein armer Reisender. Unter diesem Titel druckt die „Dortm. Ztg." eine Veröffentlichung der Dortmunder Erlebnisse des Kandidaten der Theologie, Wangemann, der bekanntlich Studien halber Deutschland als Handwerksbursche durchzogen hat, ab. Wangemann ist am 10. Mai vorigen Jahres nach Dortmund gekommen und wollte auf der Herberge zur Heimath die Verpflegung, die Handwerksburschen sich durch Holzhacken auf dem Hofe des Polizeigebäudes verdienen müssen, in Anspruch nehmen. Er bekam sie nicht; der Hausvater der christlichen Herberge, wies ihn, wie viele Andere, ab und schickte ihn zum Arbeitsnachweis auf die Betenstraße. Arbeit erhielt er da auch nicht und er wendete sich nun an die Polizeiverwaltung, um sich über den Herbergsvater zu beschweren. Er meldete sich schließlich als mittel- und obdachlos, doch wurde er auch da überall abgewiesen, auf dem Bureau der Armenverwaltung aber grob herausgeworfen. Wangemann nächtigte nun in den Wallanlagen, wurde aber früh 2 Uhr von einer Nachtpatrouille mitgenommen und zum Polizeigewahrsam geführt, wo er, wie er schreibt, nach langem Widerstreben, „trotz Ungeziefer und schmutzigem Strohsack", sich auf eine der Pritschen legte, um wenigstens auf einige Stunden zu schlafen. Er wurde mit den anderen Gefangenen schließlich am anderen Tage gegen 12 Uhr entlassen, ohne daß sie auch nur einen Bissen zu essen erhalten hatten. Nun ging er sofort zum Bürgermeister (dem er sich natürlich als Theologiekandidat auswies) und erzählte ihm, wie fürsorglich die Stadt Dortmund mittel- und obdachlose Menschen behandele. Der Bürgermeister wollte Wangemann zum Mittagessen einladen (vielleicht als Entschädigung für die Hungerkur im Polizeigefängniß), doch schlug W. dieses aus. Der Bürgermeister hat ihm aber versprochen, den Mißständen abzuhelfen. — Ob das bis jetzt schon geschehen ist, wünscht die hiesige Arbeiter-Zeitung zu erfahren. Der Winter, die arbeitslose Zeit steht dicht vor der Thüre, wo viele Tausende arbeitslos die Landstraßen bevölkern. Mit der „Wohlthat" der Verpflegungsstation ist es nicht weit her. (Ein Paragraph der Wanderordnung des Verbandes der Verpflegungsstationen lautet: „Für je 10 ₰ der gewährten Verpflegung kann eine Stunde Arbeit gefordert werden"). Aber nicht etwa für je 10 ₰ des wirklichen Werthes der verabreichten Speisen, sondern für je 10 ₰ des Preises, den der Herbergsvater sich für die Speisen bezahlen läßt und das ist vielfach ein gewaltiger Unterschied. Wenn ein Handwerksbursche sich aus Noth (zum Vergnügen thut es keiner) den lästigen, unpraktischen Bestimmungen der Wanderordnung unterwirft, so muß er auch ein Recht haben, auf den „Genuß" der Verpflegung. Gerade hier in Dortmund wird täglich Handwerksburschen die Verpflegung seitens des Verwalters der Herberge zur Heimath verweigert. Macht dann Einer seinem Unmuth darüber Luft, so wird gleich mit Ueberlieferung an die Polizei gedroht, die dann auch, wenn die Drohung zur Ausführung kommt, infolge mangelnder Einsicht dem Herbergsvater meist Recht giebt, und der abgewiesene Wanderer muß wegen Renitenz in's Gefängniß. Wenn der betreffende Dortmunder Bürgermeister X sich, wie Herr Wangemann schreibt, so sehr für das Stationswesen interessirt, so möge er es auch einmal von dieser Seite betrachten, aber immer mit dem Ausspruch Wangemann's im Gedächtniß: „Ich habe die ganzen zwölf Wochen hindurch überall, bei Behörden und Privaten, auf Bürgermeistereien und Aemtern, auf Herbergen und Verpflegungsstationen, auf Arbeitsnachweisebureaux und in Fabriken, auf dem Lande bei Gutsbesitzern und Bauern, auf Bergwerken, Schiffswerften und Docks, wo überhaupt Handarbeiter gebraucht werden, um Arbeit angefragt, mich zu jeder Arbeit angeboten — und habe nicht ein einziges Mal auch nur für eine Stunde Beschäftigung bekommen."

Bevölkerungsaustausch im Deutschen Reich. Die Erforschung des nationalen und internationalen Wanderverkehrs und die Untersuchung der Zusammensetzung der Bevölkerung nach Einheimischen und Fremden ist eine der wichtigsten Aufgaben der Statistik, wozu u. A. die Volkszählungen durch die Ermittelung der Geburtsorte der Bevölkerung ein schätzbares Material an die Hand geben. Die letzte deutsche Volkszählung vom 1. Dezember 1890 hat in dieser Richtung eingehende Bearbeitung gefunden. In dem Vierteljahrsheft (II. von 1893) der Statistik des Deutschen Reiches werden einige Hauptergebnisse dieser Bearbeitung mitgetheilt. Sie betreffen in der Hauptsache den Binnenwanderverkehr und den Bevölkerungsaustausch zwischen 24 einzelnen Gebietstheilen des Deutschen Reiches. Die Gesammtbevölkerung des Deutschen Reiches betrug am obenerwähnten Tage 49 428 470 Personen. Von diesen waren 48 909 960 im Reiche und 518 510 im Auslande geboren. Von den in Deutschland Geborenen hatten 4 862 034 ihren Geburtsort in einem anderen deutschen Gebietstheile, als der Wohnort sich befindet, d. h. etwa 10 pZt. der gesammten deutschen Bevölkerung hatten sich auf die Wanderung in einen anderen Gebietstheil begeben.

Bildet man drei große Gebietsgruppen: Osten, Süden und Westen mit der Elbe und dem Main als Grenzen, so entstammen von 19 671 432 Bewohnern des westlichen Gebietes 630 792 aus dem östlichen Deutschland und von den 17 442 450 Bewohnern dieses letzteren 490 976 aus dem Westen. Weniger lebhaft ist der Verkehr zwischen dem Westen und dem Süden; dort sind 236 689 Einwohner gezählt, deren Geburtsort in Süddeutschland belegen ist, während im Süden von 11 796 078 Einwohnern 216 881 aus dem westlichen Gebiet stammen. Noch schwächere Beziehungen bestehen zwischen den Gebieten des Südens und Ostens: vom Osten sind 55 874 nach dem Süden und von hier nach dem Osten 39 558 gewandert. Im Verhältniß zur Bevölkerung hat das westliche Deutschland den größten Zuzug, das östliche den größten Wegzug. Süddeutschland erhält aus den beiden anderen Gebieten relativ wenig Zuzug und giebt auch wenig von seiner eingeborenen Bevölkerung dahin ab.

Was den Gewinn oder Verlust beim Volksaustausch zwischen den 24 Gebietstheilen anlangt, so ergiebt sich Folgendes: Numerisch den größten Gewinn weist die Provinz Brandenburg mit der Stadt Berlin auf: 712 451 Personen (= 211,3 ‰ der Geburtsbevölkerung), während relativ, d. h. im Verhältniß zur Bevölkerung, die Hansestädte Hamburg und Bremen am meisten emporragen. Abgesehen von diesen, wesentlich durch den Stadt Charakter beeinflußten Gebietstheilen, hat numerisch den größten Gewinn beim Bevölkerungsaustausch das Königreich Sachsen davon getragen: 193 221 Personen (= 59,7 ‰ seiner Geburtsbevölkerung). Die Provinz Rheinland gewann 138 694 Personen (= 30,8 ‰ der Geburtsbevölkerung), Elsaß-Lothringen 133 280 Personen (= 93,7 ‰), die Provinz Westfalen 79 096 Personen (= 33,9 ‰), die Provinz Schleswig-Holstein, welcher die Hansestadt Lübeck beigerechnet worden ist, 19 195 Personen (= 15,4 ‰) und Baden 14 345 Personen (= 8,8 ‰). Es sind dies theils von großstädtischen Bevölkerungszentren beeinflußte, theils industriell stark veranlagte Gebietstheile (der Gewinn des landwirthschaftlichen Schleswig-Holsteins ist wahrscheinlich auf die Hinzunahme der Stadt Lübeck zurückzuführen). Alle übrigen deutschen Gebietstheile haben beim nationalen Wanderverkehr Einbuße zu verzeichnen. Im Osten haben erhebliche Verluste die Provinz Ostpreußen, Mecklenburg und die Provinzen Pommern und Posen erlitten. Im westlichen Deutschland haben Einbuße beim Wanderungsverkehr, wenn auch nicht in so erheblichem Maße wie die östlichen verlierenden Theile, besonders Thüringen, die Provinz Sachsen mit Braunschweig und Anhalt, zu verzeichnen. Im Süden haben namentlich die Pfalz und Württemberg eingebüßt.

Wie man sieht, ist der nationale Bevölkerungsaustausch ein ziemlich intensiver. Die außerordentliche Vermehrung und Verbesserung der Verkehrswege, die gegen früher so wesentliche Verbilligung der Benutzung der Verkehrsmittel und die Wirkungen der den nationalen Wanderverkehr begünstigenden neueren Gesetzgebung (Freizügigkeit, Unterstützungswohnsitz, Arbeiterversicherung) werden auch in Zukunft nicht verfehlen, einen regen Verkehr der Bevölkerung, welcher als Ausfluß einer gesunden wirthschaftlichen Ausgleichsbewegung zu gelten hat, zu unterhalten und zu erleichtern.

Heißes Wasser als Heilmittel. Geringe Kopfschmerzen hören bei gleichzeitiger Anwendung heißen Wassers auf den Nacken und die Füße bald auf. Ein in heißes Wasser getauchtes, rasch ausgewundenes Tuch auf den Magen gelegt, wirkt beinahe augenblicklich gegen Koliken. Nichts beseitigt rascher eine Lungenkongestion oder einen Rheumatismus als Heißwasserumschläge. Eine mehrfach zusammengelegte, in heißes Wasser getauchte und dann ausgewundene Serviette auf die schmerzhafte Stelle gebracht, bringt bei Zahnschmerzen bald Erleichterung. Ein mit heißem Wasser angesaugtes Flanellstück um den Hals eines von Croup befallenen Kindes gelegt, erzeugt bei demselben innerhalb fünf bis zehn Minuten auffallende Beruhigung.

Die Einwirkung des Sonnen- und Mondlichts auf schneidende Werkzeuge ist so wenig bekannt, daß einige Worte darüber des allgemeinen Interesses werth sind. Alle schneidenden Werkzeuge, Messer, Bohrer, Sensen, Sicheln nehmen eine bläuliche Farbe an, wenn sie der Einwirkung der Sonnenstrahlen längere Zeit ausgesetzt sind und dadurch erhitzt werden. Die Schärfe oder Schneide geht dabei auf immer verloren, und das Werkzeug ist ganz unbrauchbar, wenn es nicht neu gestählt wird. Man muß sich daher hüten, dergleichen neue, von der Sonne schon verdorbene Werkzeuge von Krämern und Herumträgern zu kaufen, welche diese Waare auf Märkten usw. oft ganze Tage der Sonne aussetzen. Man schreibt dann gewöhnlich, aber ungerechter Weise, die Unbrauchbarkeit eines solchen Werkzeugs dem schlechten Material oder der nachlässigen Arbeit des Fabrikanten zu. So hat man selbst eine ähnliche schädliche Einwirkung des Mondlichts auf das Blatt der sogenannten Bauch- und Mondsäge bemerkt. Eine dünne, ausgearbeitete Zugsäge wird durch das Mondlicht in einer Nacht schief gezogen.

Um die Fußbekleidung wasserdicht zu machen. Das wirksamste Mittel, um die Fußbekleidung wirklich undurchdringlich gegen Wasser zu machen, ist einem französischen Blatte nach eine Lösung von weißem und weichem Paraffin in Benzin. Man schneidet das Paraffin sehr fein und giebt es in eine Flasche, die Benzin enthält, bis dieses nichts mehr auflösen kann. Mittelst eines recht weichen Pinsels befeuchtet man das Oberleder der Fußbekleidung, bis das Leder ganz davon durchtränkt ist, was sehr schnell geschieht, denn das Benzin verflüchtigt sich schnell und läßt das Paraffin in die Lederporen. Die Nähte und die Verbindungen zwischen der Sohle und dem Besatze müssen ganz besonders recht gewissenhaft damit gesättigt werden. Auch die Sohlen der Fußbekleidungen, die man für den Marsch, wie für Bergtouren braucht, können mit dem Paraffin getränkt werden, sie werden dann sehr weich (und zuerst glatt), nützen sich aber auch viel weniger ab und lassen keine Feuchtigkeit durchdringen. Es ist rathsam, diese Befeuchtung mit dem Paraffin nach langem Gebrauch der Fußbekleidung zu wiederholen, um die Undurchdringlichkeit zu bewahren. Für den Straßen-

stiefel empfehlen wir dieses Verfahren nicht, da die Sohlen zu glatt werden Es genügt, die Naht der Sohle und des Obertheiles damit zu tränken, um die Feuchtigkeit zu verhindern, zwischen der Sohle und dem Blatte einzudringen. Nach der vollkommenen Verdunstung des Benzins bleibt kein Geruch, das Leder ist weich, denn das Paraffin selbst ist weich, biegsam und elastisch läßt sich von Neuem schmieren und wird gegen Wasser ganz undurchdringlich. Auch der feinste Damenschuh aus Lack kann mit dieser Lösung getränkt und wasserdicht gemacht werden, und wenn sie auch für den ersten Moment dem Lack den Glanz raubt, so erscheint derselbe doch bald wieder, wenn man das Leder nach dem Trocknenlassen leicht mit einem Stückchen Wolle oder Watte reibt. Man nimmt zu der Lösung ungefähr 100 gr Paraffin auf 1 l Benzin.

Vom modernen Schiffbau. Aus Glasgow wird geschrieben: Anfang August fanden auf der unteren Clyde die amtlichen Versuche mit dem von der Société Cockerill erbauten Postschiffe (Raddampfer) „Marie Henriette" statt, die ein außerordentlich günstiges Resultat ergeben haben. Die Gesellschaft hatte eine Schnelligkeit von 21½ Knoten garantirt und sie war zum Empfang einer Prämie von 18 750 Frcs. bis zum Betrage von 100 000 Frcs. berechtigt für jeden Zehntel Knoten über die garantirte Schnelligkeit hinaus. Um dieses Maximum zu erreichen, mußte also das Schiff 22,033 Knoten machen. Obgleich das Wetter nicht sehr günstig war, wurde die genannte Geschwindigkeit von 22 033 Knoten doch noch erheblich überschritten, es wurde nämlich im Durchschnitt der vier Versuchsfahrten eine Geschwindigkeit von 22 2 Knoten amtlich festgestellt, bei einer indirekten Arbeit von 8200 Pferdekräften Die vier Probefahrten ergaben im Einzelnen 22,724, 21 57, 22,86, 21 636 Knoten. Diese Schnelligkeit sichert der Société Cockerill nicht nur die Prämie von 100 000 Frcs. sondern auch die höchste Leistung für Raddampfer, denn eine solche Schnelligkeit wurde bisher noch von keinem anderen Raddampfer erzielt. Das in England gebaute Zwillingsschiff „Leopold II." hat bei den amtlichen Versuchen auf der gleichen Strecke die Schnelligkeit von 21,955 Knoten erreicht. Die „Marie Henriette" hatte also trotz ungünstiger Witterung einen Viertelknoten mehr erzielt. Das neue Schiff, dessen Kosten einschließlich der Prämie 2 170 000 Frcs. betragen, wird binnen Kurzem zwischen Ostende und Dover in Dienst gestellt werden.

Technisches.

Holzschrauben giebt Brame zu Salop eine Verbesserung, welche das Einschrauben derselben wesentlich erleichtert, indem das Gewinde nicht bis unten an das Ende geht, sondern letzteres spitz wie ein Nagel gestaltet ist, so daß auf diese Weise der Schraube von vornherein Halt und Führung gegeben ist (Mitgetheilt vom Patent- und technischen Bureau von Richard Lüders in Görlitz.)

Kiefern und Fichten. Herr Professor Dr. Conwentz, der Direktor des Westpreußischen Provinzial-Museums, hielt in der letzten Sitzung der Naturforschenden Gesellschaft einen interessanten Vortrag über die Bedeutung und Verbreitung der Kiefern und Fichten, sowie ihrer Spiel- und Abarten, mit besonderer Berücksichtigung der Flora unserer Provinz. Kiefer und Fichte sind wohl die wichtigsten beiden Baumarten Europas. Besonders die Kiefer hat eine außerordentlich große Verbreitung in Nord-Deutschland und in unserer Provinz, wo in der Tuchler Haide, dem größten zusammenhängenden Waldbestande des preußischen Staates, meilenweite Strecken nur mit Kiefern bedeckt sind. Geologisch ist die Kiefer sehr alt; schon in unseren Torfmooren finden wir große Ablagerungen früherer Kiefernbestände; einer noch älteren Periode gehören die Funde zwischen Elbing und Tolkemit an. Der Tertiärperiode entspricht das Vorkommen von Braunkohle bei Rixhöft, und selbst im ältesten Tertiär sind noch Reste vorhanden. Weiter zurück reicht sie zwar hier in unserer Provinz nicht, wohl aber im südlichen Schweden, dessen Bodenbeschaffenheit der hiesigen sehr ähnlich ist; dort ist die Kiefer sogar in der Kreideformation gefunden worden. Anders die Fichte, ein Baum, der hauptsächlich hügeliges Land, gebirgige Gegenden liebt und den größten Verbreitungsbezirk aller Waldbäume besitzt. Sie findet sich allerdings in unserer Ebene nur vereinzelt. Es läßt sich nachweisen, daß dem heutigen Walde andere Waldungen vorausgegangen sind, doch ist sie hier nirgends in früheren Epochen mit Sicherheit zu konstatiren gewesen. Zum Beispiel in Dänemark weiß man ganz genau, daß zuerst Kiefernwald vorhanden war, dem der Eichen- und dann der Buchenwald folgten. Dort soll erst der Baum der Zukunft die Fichte sein; ebenso ist es in Skandinavien. In unserer Provinz sollen früher einmal Fichtenwaldungen bestanden haben, und zwar sucht man dies aus alten Urkunden nachzuweisen, so aus einer des Klosters Oliva bei Danzig aus dem 13. Jahrhundert, nach welcher zwischen Dirschau und Preußisch Stargard Fichtenwaldungen bestanden haben sollen, dann aus verschiedenen Ortsnamen. Es ist nun nicht zu verkennen, daß solche Untersuchungen sehr nützlich sind, nur müssen sie im Einvernehmen mit der Naturgeschichte ausgeführt werden. Wäre die Fichte einmal in früheren Epochen ausgedehnt vorgekommen, müßten sich in Torfmooren ꝛc. Reste finden, was aber bisher nicht der Fall gewesen ist. Man hat zwar in den Kreisen Löbau und Rosenberg einzelne 100jährige Fichten gefunden; es ist aber nachgewiesen, daß an den Orten im Anfang dieses Jahrhunderts Samen eingeführt worden ist, worauf sich die Bäume in dem fetten Boden jedenfalls schnell entwickelt haben. Uebrigens werden auch in den gebildeten Ständen in Westpreußen Kiefern und Fichten immer verwechselt und das Kiefernholz meist als Fichtenholz bezeichnet. Die Fichte erreicht ein hohes Alter; so hat man z. B. auf dem Gut Luisenwalde, Kreis Stuhm, ein Exemplar von 3,9 Meter Umfang, im Thiergarten von Schöneberg bei D.-Eylau sogar eins von 4 Meter Umfang, welche allerdings sämmtlich künstlicher Zucht in geschützten Parkanlagen ihr Dasein verdanken. Das geologische Alter der Fichte ist nicht so alt wie das der Kiefer; in der Braunkohle ist sie nicht bekannt, dagegen im Bernstein eine Art, die allerdings nicht an unsere Fichte erinnert, sondern mehr nach Ostasien hinüberweist. Ueberhaupt ist die Fichte sehr geneigt zur Bildung von Abarten, welche sich besonders zahlreich im Riesengebirge finden.

Um Eichenholz zu schwärzen, sodaß es das Aussehen von Ebenholz erhält, legt man die zu schwärzenden Holzstücke in einer dunklen Kammer auf Gerüste, unter welche man Schüsseln mit Ammoniakflüssigkeit stellt. Das Holz darf nicht in Berührung mit der Flüssigkeit selbst kommen, nur die Ammoniakdämpfe müssen auf das im Holz enthaltene Tannin einwirken.

Eichenholzmalen in Oelfarbe. Die Eichenholz-Grundfarbe setzt man aus 10 Theilen Leinöl, 5 Theilen reinem Bleiweiß, 10 Theilen Schwerspath, 5 Theilen Ocker zusammen. Nachdem dieser Anstrich fest geworden, lasirt man mit einer Eichenlasur aus 2 kg Firniß und 0.40 kg Kasseler Braun. Ist das feine Ueberstreichen geschehen, so verfährt man wie es Weber in seinem Katechismus recht anschaulich beschreibt. Man spitzt sich einen Kork oder Gummistück auf zirka 5–8 mm zu und wischt die Adern zu einer Pyramide zusammen, d. h. man schiebt die Farbe in Jahresringe, was dadurch entsteht, daß man die vorhandene Lasur durch den Kork anhäuft zu bestimmten Formen. Die Seitenadern werden dadurch hervorgebracht, daß man in Kork oder Guttaperchaplatten entsprechende Einschnitte macht, in verschiedenen Abstufungen, ähnlich wie Sägenschnitte, hierzu gehören 3–4 solcher Platten mit engeren und breiteren Einschnitten, damit man die langen geraden Adern verschiedenartig gestalten kann. Mit diesen Platten schiebt man oder zieht man die Adern ebenso zusammen, als mit dem Kork- oder Gummiinstrument. Ist die ganze Fläche so bearbeitet, so kämmt man mit Stahlkämmen, zuerst mit breiten, dann mit schmäleren Zähnen versehen, nach der Mitte der Hauptader zu, wodurch eine Vertreibung der Adern, ähnlich dem durch Wasserlasur hergestellten Holze, und die Poren des Eichenholzes entstehen. Man hat hierbei hauptsächlich zu beachten, daß die Lasurfarbe bei dem Zusammenschieben derselben zu Ringen und Adern nicht fließt, wogegen man früher einen Zusatz von Kreide anwandte, welche aber die Lasur beeinflußt in Bezug auf Klarheit des Tones und welches auch durch die oben angegebene Zusammenstellung einer solchen Lasur zu vermeiden ist. Nach dem Trocknen derselben wird die ganze Arbeit noch mit einer Wasserlasur behandelt und hierauf lackirt. Alle Gliederungen, an denen man keine Hauptadern anbringen kann, werden mit Stahlkämmen bearbeitet. — Die Spiegel nimmt man mit Leinelappen oder Waschleder, welche über den Fingernagel gezogen werden, heraus. Diese Manier bleibt immer eine der feinsten in der Eichenholznachahmung. Im Wasser läßt sich diese Methode dadurch nachmachen, daß man zu der Lasur etwas Stärke setzt und wenn sie zu rasch trocknen sollte etwas Glyzerin beimischt. Oellasuren haben den Uebelstand, daß sie während des Trocknens zerrinnen; dies zu verhindern, setzt man der Oellasur etwas Wachstinktur hinzu, und zwar auf 1 kg Oellasur ⅛ kg Wachstinktur, welche wie folgt bereitet wird: 1 kg echtes, weißes Bienenwachs wird zerstückelt, in einem reinen Topfe auf mäßig starkem Feuer aufgelöst, beziehungsweise flüssig gemacht, vom Feuer weggestellt und unter fleißigem Umrühren 3–4 kg Terpentinöl, anfangs langsam, dann immer rascher zugegossen, gut verkorkt stehen gelassen, bis man sie nöthig hat. Die Farben bleiben glatt liegen, die Trocknung wird nicht gestört und jeder Lacküberzug in Matt oder Glanz kann darauf mit bestem Erfolge gemacht werden.

Torfmullkloset. Trockener Torf besitzt in hohem Grade die Fähigkeit, Gase zu verschlucken und festzuhalten, ähnlich wie dies auch bei manchen anderen porösen Substanzen, insbesondere Kohle, der Fall ist. Er läßt sich aus dem Grunde mit Vortheil dazu verwenden, um als Zusatz zu den Fäkalien in Abortgruben oder einzelnen (Zimmer-) Klosets den ekelerregenden Geruch derselben zu binden. Ferner bietet der Torf durch seine Lockerheit bei angedeuteter Verwendungsweise den Vortheil, große Flüssigkeitsmengen aufzusaugen, mit welchen er eine transportable, kompostartige Masse bildet. Vom Grade seiner Lockerheit bezw. feinen Vertheilung ist auch die Wirkungsweise des Torfes nach gezeigten Richtungen hin abhängig; besser als der gewöhnliche zerfaserte Torf, die sogenannte Torfstreu, wirkt der durch Siebung als ein feines Pulver erhaltene Torfmull Derselbe vermag, wie wir durch einen Versuch ermittelt haben, die siebenfache Menge seines Gewichtes an Wasser aufzunehmen und damit eine nur als feucht erscheinende Masse zu geben. Wenn daher der Inhalt einer Abortgrube mit hinreichender Menge Torfmull vermengt wird, so verschwindet der Gestank vollständig und es bleibt an Stelle des Breies eine feuchte, pulverige, nicht riechende Masse zurück, die in keiner ekelerregenden Weise mehr an ihren Ursprung erinnert. Es braucht kaum bemerkt zu werden, daß dieser Kompost als vorzüglicher Dünger nutzbar zu machen ist; Berichte über bisher damit gemachte Erfahrungen sprechen sehr zu seinen Gunsten. Die Kosten des Torfmulls sind geringe; in Norddeutschland kostet der Zentner etwa ℳ 1,50; es ist zu bemerken, daß 1 kg lose in ein Gefäß angefüllter Torfmull ein Volumen von über 10 Liter besitzt Torfmull kann ferner als trockenes Pulver leicht durch engere Röhren geleitet werden, ohne dieselben zu verstopfen, was für die Konstruktion von Torfmullklosets von Bedeutung ist.

Literarisches.

Sozialpolitisches Centralblatt. (Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Karl Heymann's Verlag, Berlin W, Mauerstr. 44.) Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich ℳ 2,50. Einzelnummern 20 ₰. Erschienen ist Nr. 8, 3. Jahrgang.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 7. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Die preußischen Wahlen. — Die landwirthschaftliche Krisis und die Zollverhandlung mit Rußland. Von Dr. Rudolf Meyer. — Der Riesenausstand im englischen Kohlengewerbe. Seine Ursachen, sein Streitobjekt und seine Begleiterscheinungen. Von Ed. Bernstein. — Bauern und Bauernparteien in Galizien. Von Max Zetterbaum (Schluß.) — Zur Frage der Lohnstatistik — Feuilleton: At-Dawan. Skizze aus dem sibirischen Leben von Wladimir Korolenko. Deutsch von Norbert Hoffmann. (Fortsetzung.)

Von den im Verlage von J. H. W. Dietz in Stuttgart erscheinenden beiden naturwissenschaftlichen Werken „Die Pflanzenwelt" und „Die Thierwelt" von R. Bommeli ist soeben Lieferung 16, 17 und 16a, 17a erschienen. Den Heften 16 und 17 der „Pflanzenwelt" sind prächtige Farbentafeln: „Lotosblume und Kokospalme", sowie „Geoirgsflora" beigegeben; ebenso enthält Heft 16a der „Thierwelt" die Farbentafel „Ausländische Eidechsen". Die beiden reichillustrirten Werke sind Jedem, der sich für die Naturwissenschaften interessirt, auf das Angelegentlichste zu empfehlen. Preis pro Lieferung 20 ₰.

„Lichtstrahlen". Unterhaltungsblatt für das Volk. Soeben erschien das 3. Heft des 4. Jahrganges. Preis pro Heft 25 ₰ Vierzehntägig erscheint ein Heft. (Verlag: Magazin für Volksliteratur, F. Harnisch & Co., Berlin W. 75.) Inhalt: Die Sozialdemokratie in Talar und Beffchen. — Beiträge zur Geschichte und Erklärung des neuen Testaments. Von Heinrich Tannenberg. (Fortsetzung.) — Wiener Brief. (Originalbericht unseres Korrespondenten.) — Die „ethische Kultur" vom Standpunkte des Materialismus. Von T. Kettinger. — Aus der Zeit: Moderne Tischreden. — Pfaffendreistigkeit. — Wahrheit auf der Kanzel. — Litterarisches. — Das Feuilleton enthält: Der Freiheit Morgen 1831. Gedicht von Platen. — Die Gredel. Realistischer Roman. Von Tony Kellen. — Frau Hauptmann. Bilder aus dem österreichischen Soldatenleben. Von Nikolaus Kraus. — Meine Ahnen. Gedicht von Otto Wichers von Gogh. — Unseren Hausfrauen.

Auf den mit diesem Hefte beginnenden hochinteressanten Kriminalroman aus dem Luxemburger Volksleben machen wir die geehrten Leser noch ganz besonders aufmerksam.

Die Parteien des Deutschen Reichstages, ihre Programme, Entwickelung und Stärke. Von Dr. v. d. Braun 40 Seiten in Groß Quart. Preis broschirt 40 ₰. (Verlag von J. H. W. Dietz in Stuttgart.)

Die im genannten Verlage seit Jahren nach den Reichstagswahlen herausgegebene Wahl-Statistik hat diesmal eine wesentliche Bereicherung erfahren durch die Programme und einen kurzen Abriß über die geschichtliche Entwickelung der Parteien. Das Heft wird dadurch in noch vermehrtem Sinne ein Rathgeber für jeden Reichstagswähler.

Was wir an dem Werk auszusetzen haben, ist das gewählte Format. Wenn wir auch zugeben, daß der Tabellensatz das gewählte Format rechtfertigen mag, so wäre derselbe auch bei Oktavformat auszuführen gewesen, wodurch das Werk an bequemer Handlichkeit außerordentlich gewonnen hätte.

Briefkasten der Redaktion.

* Wegen Raummangel mußten zurückgestellt werden die Berichte aus Mühlheim a. d. Ruhr, Gr.-Glogau, Bockenheim, Ingolstadt, Friedberg, Mölln, Wandsbek, Düsseldorf und Nürnberg. Die Zurückstellung wurde auch deshalb zur Nothwendigkeit, weil wegen des auf den 22. d. M. fallenden Bußtages der Redaktionsschluß früher eintreten mußte.

Greusen, F. W. Für die Beantwortung der gestellten Fragen dürfte die Kanzlei des Generalstabs die zuständige Auskunftsstelle sein. Wir überlassen es Ihnen, sich an dieselbe zu wenden.

Schildau, C. L. Der Zusatz von Kreide zum Leim verbessert denselben nach keiner Richtung; am allerwenigsten wenn derselbe beim Abkochen verbrannt worden ist. Ob Sie oder der Meister die Schuld an dem Nachtrocknen der Thüren tragen, bezw. das Platzen der Fugen verschulden, können wir nach dem Vorgetragenen nicht entscheiden. Jedenfalls auch das Gewerbegericht erst dann, nachdem es ein Gutachten der Sachverständigen — ein Arbeiter und ein Meister — wird eingefordert haben.

Lehe, J. E. Wir müssen darauf verzichten, Ihr Eingesandt zu veröffentlichen. Dasselbe schlägt einen eigenthümlichen Ton an, der um so sonderbarer berührt, als Sie die geschilderten Zustände mehrere Monate als Werkführer mitgemacht haben. Die Kollegen in Neustadt sind selber Manns genug, auf Abstellung derartiger Uebelstände zu dringen, bezw. deren Bekanntgabe zu veranlassen, wenn sie Bedürfniß dazu fühlen.

Wiesbaden, K. F. K. Das Entstehen des Schwammes in Fußböden und Brüstungen kann verschiedene Ursachen haben. Bei Brüstungen zumeist nasse Wände. Hier kann nur die Anbringung einer Isolirschicht und imprägnirten Holzes auf der Rückseite — Theer oder Karboleum — Wandel schaffen. Bei Fußböden ist wohl meist feuchtes Füllmaterial die Schuld, oder die Uebertragung von den Lagerbalken. In beiden Fällen muß die Ursache durch Wegräumen beseitigt werden.

Hausen, G. Sch. In erster Linie ist es für den Lehrmeister gewiß kein günstiges Zeugniß seiner Befähigung, wenn er dem bei ihm Ausgelernten nicht so viel Kenntnisse des Handwerks beigebracht hat, daß ihm Derselbe bei 15stündiger täglicher Arbeitszeit ℳ 3 Wochenlohn nicht verdient. Wenn der Meister mit dem Fortgang des Ausgelernten zufrieden war, kann er eine Klage auf 14tägige Kündigung mit Aussicht auf Erfolg nicht geltend machen, nach Verlauf der 14 Tage überhaupt nicht. Dann steht dem Meister nur eine Klage auf Entschädigung zu, die, wenn sie begründet ist, d. h. das Arbeitsverhältniß ohne sein Einverständniß widerrechtlich gelöst ist, auch gegen den folgenden Arbeitgeber gerichtet werden kann. Ist das Arbeitsverhältniß widerrechtlich gelöst, so kann der Arbeitgeber wohl das Arbeitsbuch einbehalten, nicht aber die Quittungskarte über die Alters- und Invalidenversicherung, noch weniger aber die Kleidungsstücke des Betreffenden. Berichten Sie uns über den Ausgang der Sache.

Briefkasten der Expedition.

Nürnberg, C. S. Die überschüssigen 30 ₰ erhalten Sie durch Kollegen J. B zurück. Hatte Ihre Adresse verloren, wartete aber nach Veröffentlichung der Quittung bereits auf Nachricht von Ihnen. Das Inserat hat, was ich bedauere, nicht einen so hervorragenden Platz bekommen, wie ich es wünschte, daher die verminderte Zeilenzahl.

Rostock, C. E. Für die uns zugesandten Exemplare besten Dank. Ein Ansichtexemplar des Vorlagewerks erhält die dortige Zahlstelle sofort nach Fertigstellung Es ist uns selbst sehr unliebsam, daß wir die Wünsche der Kollegen nicht befriedigen können. Es ist aber beinahe so, als ob uns alle Welt zum Besten hätte. Von Woche zu Woche werden wir vertröstet: „Dann sind die Zeichnungen ganz gewiß fertig!" Dann ist wieder mal die Anlegerin krank geworden, seit 14 Tagen warten wir schon auf Korrektur der Details und so geht's fort; wie gesagt, „rein zum Verzweifeln ist es" Die Kollegen wollen aber auch noch etwas Geduld haben, wir sind überzeugt, daß dieselbe nicht schlecht belohnt wird.

Rossen, P. G. Sie haben wohl bei dem dortigen Postamt beneu; wir können also nichts daran ändern. Reklamationen sind stets bei dem Postamt, wo man die Zeitungen bestellt hat, anzubringen

Bokenheim, K. F. H. Müssen Sie selbst pr. Post an den Kollegen H. H. besorgen.

Versammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 Pfg.)

Charlottenburg. Am Montag, den 27. November, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Krause, Bismarckstraße 77.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bremerhaven. Verkehrslokal und Arbeitsnachweis befindet sich **„Centralherberge"** bei Frau **Bauer,** Neu-Geestemünde, Ludwigstr.

Göppingen. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich unsere Herberge im **„Lamm"** befindet, und bitten wir darauf zu achten.

Ingolstadt. Reiseunterstützung wird ausbezahlt: Mittags von 12—1 und Abends von 6 Uhr ab in der Wohnung des Bevollmächtigten **Georg Schmidt,** An der Schleifmühle 424½. Verkehrslokal „Beim Poliziner", Beckenstraße.

Rixdorf. Den reisenden Kollegen sowie den Mitgliedern zur Kenntniß, daß sich unser Arbeitsnachweis jetzt Prinz Handjery- u. Lessingstraßen Ecke bei **Max Hoffmann** befindet. Derselbe ist an den Wochentagen geöffnet von 8½—10 Uhr Abends, Sonntags von 9—10 Uhr Vormittags. Daselbst können zu der Zeit Beiträge entrichtet und die Zeitung abgeholt werden.

Die Ortsverwaltung.

Schwiebus. Bevollm. **Eduard Hoffmann,** Lindenplatz 3, Kassirer **Hermann Nonnenprediger,** Doktorstr. 1. Daselbst Auszahlung der Reiseunterstützung.

Stettin. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich unsere Herberge jetzt Gr. Lastadie 14, Zentral-Herberge, befindet und ersuchen wir die Kollegen, nur dort zu verkehren.

Die Lokalverwaltung.

Der Bevollmächtigte der Zahlstelle Lübbenau (Drechsler) wurde am 17. d. M. gemaßregelt. Wir ersuchen alle Inhaber von Arbeitsnachweisen, uns sofort mitzutheilen, ob bei ihnen Arbeit, längere Zeit andauernd, vorhanden ist, damit demselben selbige nachgewiesen werden kann.

Ausführlicher Bericht folgt.

Aufruf.

Sollte Jemandem der Aufenthalt des Tischlers **Friedrich Wagner,** geb. am 2. September 1870 zu Steinsberg, bekannt sein, so bitte ich, mir dessen Adresse mitzutheilen.

Karl Wagner
per Adresse G. Wachter und Sohn
Kronach
(Oberfranken in Bayern).

Dringende Bitte!

Die Zahlstellen oder Mitglieder, welche den Aufenthalt des Drechslers **Richard Kynast** aus Berlin kennen, werden ersucht, uns denselben wegen einer wichtigen Angelegenheit sofort mitzutheilen.

Zahlstelle Werben (Aller).
J. A.: Paul Wenzel, Vorstr. 54.

Achtung!

Das Mitgliedsbuch Nr. 18554, ausgestellt auf den Namen **Wilh. Ey** von der Zahlstelle Rixdorf des Holzarbeiter-Verbandes, ist verloren gegangen. Sämmtliche Ortsverwaltungen werden darauf aufmerksam gemacht und gebeten, selbiges anzuhalten.

Die Ortsverwaltung.

Aufforderung.

Die Mitglieder **Schweingrube,** Buch-Nr. 25286, und **Achterlick,** Buch-Nr. 26113, werden ersucht, die aus unserer Bibliothek entliehenen Bücher umgehend zurückzusenden.

Zahlstelle Krummhübel.

Nachruf.

Am 1. November starb nach längerem Leiden in der Proletarierheilstätte unser Kollege, der Stellmacher

Berthold Latter

im 21. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung
des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes,
Zahlstelle Hammer.

Ein Techniker

(gelernter Tischler) wird für eine Bautischlerei und **Parquetfußboden-Fabrik** zum sofortigen Antritt **gesucht.**

Offerten mit Lebenslauf, Abschriften v. Zeugnissen und Gehaltsansprüchen unter D. D. 214 an **Rudolf Mosse, Magdeburg,** erbeten.

Bockenheim.

Sonntag, den 3. Dezember, hält die hiesige Zahlstelle im Lokale der **Germania,** Rödelheimersandweg 9, einen

Familien-Abend

ab, verbunden mit **komischen Vorträgen, Theater** und darauf folgendem

Tanzvergnügen,

unter gefälliger Mitwirkung des Gesangvereins „Bruderkette". **Anfang präzise 5 Uhr.**

Karten hierzu sind beim zweiten Kassirer, **Schulstr. 2a,** zu haben. [M. 2,40]

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Flensburg.

Am Sonntag, den 26. November,
im Lokale von Ch. Ralfs, Schleswigerstr. 6,

Abend-Unterhaltung,

bestehend in:
komischen Vorträgen und Gesang.

Anfang präzise 8 Uhr.

Die Kollegen mit ihren Damen sind hierzu freundlichst eingeladen.

[M. 2,25] **Das Comité.**

Sichere Existenz.

Ein **Korbwaarengeschäft** in einer Fabrikstadt von 36 000 Einw. in d. Niederlausitz, Garnisonort m. gut. Landkundsch., an d. verkehrsreichsten Straße gel., seit 16 Jahren am hies. Pl. b. wenig Konkurrenz m. best. Erf. betr., ist ander. Untern. halb. sof. od. spät. zu verk. Offert. sind an d. Exped. d. Ztg. zu richten.

Theilhaber gesucht.

Tüchtiger Tischler oder Tapezierer mit etwas Vermögen z. Vergrößerung eines gutgehenden Möbelmagazins in d. Nähe Hamburgs gesucht. Offert. unt. V. 681 an Heinr. Eisler, Hamburg.

Ein Bürstenmacher,

welcher sechs Jahre in einem Geschäft thätig war, sucht Stellung. Offerten unter **P. J. 100** an die Expedition d. Bl.

Im Verlage der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg ist soeben erschienen:

Der

Neue Welt-Kalender

für 1894

Achtzehnter Jahrgang.

Inhalt:

Kalendarium. — Postwesen rc. — Ewigkeitskalender. — **Bevölkerungs-, Militär- und Steuer-Statistik.** — Rückblick. — **Messen und Märkte.** — Im Kreislauf des Jahres. — **Auf der Schwelle.** Erzählung von Irma v. Troll-Borostyáni (mit Illustrationen). — **Flora Germanica.** Gedicht von Hoffm. v. Fallersleben. — **Die Einheitszeit.** Von Dr. H. Lux (mit Zeitkarte). — **Wohnungselend, Proletarierkrankheit und Seuchengefahr.** Von Dr. Ad. Braun. — **Auf dem Holzweg.** Humoreske von Victor Lenz (mit Illustrationen). — **Pulver und Blei.** Von Wilhelm Liebknecht (mit Illustration). — **Der Ozean.** Von Oswald Kühler (mit Illustration). — **Aus der Geschichte der ersten Heim-Kolonie Robert Owens.** Von E. Bernstein (mit Illustrationen). — **Sibirien.** Gedicht von Otto Ernst. — **Bakterien und Bakterienkrankheiten.** Von Dr. B. S. (mit Illustrationen). — **Genug.** Gedicht von Franz Dieterich. — **Wider Wind und Wellen.** Erzählung von Elise Langer (mit Illustrationen). — **Wer soll der Botschaft da noch glauben?** Gedicht von Robert Seidel. — **Fliegende Blätter.** — **Für unsere Rathsfellfer.** — **Fleckenvertilgungstabelle.**

Hierzu vier Kunstbilder:
Die Steinklopfer — Liebe und Arbeit — Oberbayrischer Gebirgsbauer — Der Liebling.
Ein Wandkalender.

Preis 50 Pf.

Auch zu beziehen durch:
J. H. W. Dietz in Stuttgart.

Soeben erschien:

Das neue

Fraktionsbild

der

sozialdemokratischen Partei von 1893.

Preis 75 ₰.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Jean Holze,
Hamburg, Gr. Drehbahn 45.

Kehlleisten und Thürverkleidungen

hat in größeren Posten eine Holzwaarenfabrik in Sachsen zu konkurrenzlosen Preisen abzugeben. **Anfragen mit Angeboten bef. sub U. O. 9043 Rudolf Mosse, Dresden.**

Paul Horn, Hamburg

Fabrik chemischer Produkte.

Comptoir: Hamburg, Admiralitätstrasse No. 23.
Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39.

Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattîne, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.

Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.

Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.

Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.

Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.

Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.

Paul Horn's Flinsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.

Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.

Paul Horn liefert Ia. rectifizirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrole.

Paul Horn ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889."

Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.

Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.

Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.

Paul Horn effektuirte im Jahre 1891 6528 Aufträge.

Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

Tischler-Fachzeichnen-Schule.

Tages- und Abendkurse vom November bis Mai. Näheres durch

Joh. Feller,

Zeichenbureau für Bau- und Möbeltischlerei,
Dresden A, Fürstenstr. 71, II.

NB. Ertheile Unterricht, direkt für die Werkstätte verwendbar, nach meiner

20jährigen Erfahrung
als Zeichner, Tischler und Bildhauer.

Mein Zeichen-Bureau

für Bau- und Möbeltischlerei

liefert:

I. **Entwürfe und Details in Blei** (Handarbeit) nach eingesandten Maßen und beliebiger Angabe.

II. **1 Vorlagewerk,** praktische **Entwürfe für die Bautischlerei.** 30 Tafeln in neuer 3. Auflage. M. 12.

III. **1 Vorlagewerk,** praktische und einfache **Entwürfe für die Möbeltischlerei.** 4. neue Auflage, 32 Tafeln. M. 10.

Gewissenhafte und durchaus praktische Kalkulations-Auszüge, sowie eine Anleitung, wie Tischlerarbeit überhaupt kalkulirt werden muß, wird jedem Werke beigefügt.

Ernst Rettelbusch,

f. Z. prakt. Tischler, Zeichner und Werkführer,
technisches Bureau für Tischlerarbeiten,
Nürnberg, Wielandstraße Nr. 17.

Fabrik-Verkauf.

Die zur M. Graff'schen Konkursmasse in Angermünde gehörige

Dampfdrechslerei,

verbunden mit

Fabrikation seiner Holzwaaren,

soll mit allen Maschinen und Vorräthen verkauft werden. Die Gebäude sind neu erbaut, eine große Kundschaft ist vorhanden, und befindet sich die Fabrik noch im Betriebe. Fachleuten wie auch Kaufleuten ist Gelegenheit gegeben, diese rentable Anlage unter günstigen Bedingungen zu erwerben.

Nähere Auskunft ertheilt der **Konkurs-Verwalter**

G. A. Seiffert, Angermünde.

Unübertroffen dauerhaft u. billig: **Kupferne Leimtöpfe,** polirt, mit verzinntem Innenkessel, allgemein als praktisch anerkannt, besser wie solche aus anderen Metallen, fabrizirt und liefert **Jul. Mittelstenscheid,** Düsseldorf.

Wiederverkäufer gesucht, hoher Rabatt.

Hobelbänke

in sauberer, trockener Waare empfiehlt mit Schubkasten und geschmiedeten Bankhaken,

Blatt von 3" Holz,	cm	155	170	190	200	230
	M.	31	33	35	37	39

Schraubböcke u. Schraubzwingen,

Hermann Bergs,
Liegnitz i. Schl.

Versand gegen Kasse und Nachnahme.

Waldemar Augustiny
Rathhausmarkt 20, Altona.
Spezialität:
Tischler-Werkzeuge
Preislisten gratis.
Garantie für solide Arbeit.
Gegründet 1800.

Kehlleisten

in allen Holzarten

liefert in saubersten Ausführung zu billigsten Preisen die

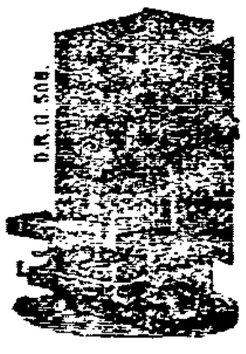
Holzbearbeitungs- u. Kehlleistenfabrik

Gundlach & Asmussen,
Altona, Mörkenstr. 24.

Altmann'scher Dampfmotor,

4pferd., so gut wie neu, **stehender Field-kessel** (in diesem Jahre neu angeschafft) mit **6pferd. Maschine (sehr gut** erhalten) ist billigst abzugeben bei

F. Ruthe, Berlin O, Andreasstr. 64.



Patent-Universal-Tischlerösen,
Leimöfen,
Leimtiegel,
Trockenkammer-Heizöfen.

Franz Knaup,
Dresden-Striesen,
Wittenbergstrasse 21.

Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.